

Ergebnisbericht

Zweiter Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungs politik



„Weiter Blick und langer Atem“
2010



Zweiter Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungs politik

„WEITER BLICK UND LANGER ATEM“ 04.-06.11.2010 BERLIN MITTE
EINLADUNG ZUM DIALOG ZWISCHEN POLITIK UND WISSENSCHAFT



4.11.2010
Wie viel Wissenschaft braucht die
Stadtentwicklung?
Dr. Volker Hassemer

Präsentation der Ergebnisse der Summer
School „Die unsichtbare Stadt“
Prof. Dr. Dietrich Henckel

5.11.2010
Eröffnung
Staatssekretär BMVBS Rainer Bomba

Der Hochschultag und die Universitäten
Prof. Julian Wékel

Dimensionen der Zukunft:
Besser leben, schöner wohnen?
Prof. Peter Wippermann

Dimensionen der Zukunft:
Ökonomische Folgen und Kosten des
Klimawandels
Prof. Dr. Claudia Kemfert

Podium: Zukunftsaufgaben in
unseren Städten

Podium: Formulierung von
Strategien und ihre Umsetzung in der
Praxis

Umgang mit Aufgaben der Zukunft in
Wissenschaft und Praxis - 4 Werkstätten
A: Technologie und Klimawandel
B: Umgang mit demografischem und
sozialem Wandel und Integration
C: Umgang mit Ökonomie
D: Umgang mit Kultur und Lebensumwelt

Nationale Stadtentwicklungs politik
Wie geht es weiter?
Oda Scheibelhuber, AbtL. BMVBS

6.11.2010
Anschluss treffen: BBSR, Professoren,
wiss. Mitarbeiter und Studierende

öffentliche Veranstaltung • freier Eintritt

Veranstaltungsort:
ehemaliges Kraftwerk Mitte,
Köpenicker Straße 70, 10179 Berlin

Es besteht die Möglichkeit zum Besuch
der Ausstellung „Realstadt. Wünsche
als Wirklichkeit“ mit ihren rund
250 Architektur- und Stadtmodellen und
65 beispielhaften Projekten aus ganz
Deutschland.

Programm, Anmeldung, Ansprechpartner:
www.nationale-stadtentwicklungs politik.de

Wieviel Forschung braucht die Praxis? Wieviel Praxis braucht die Wissenschaft?

Inhalt

- 6 Eröffnung Staatssekretär Rainer Bomba
- 8 Erwartungen der Universitäten an den Zweiten Hochschultag Prof. Julian Wekel
- 10 Wie viel Wissenschaft braucht die Stadtentwicklung? Dr. Volker Hassemer
- 12 Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft – Die unsichtbare Stadt Susanne Thomaier
- 14 Dimensionen der Zukunft: Besser leben, schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft Prof. Peter Wippermann
- 16 Dimension der Zukunft – Ökonomische Folgen des Klimawandels Prof. Dr. Claudia Kemfert
- 18 Podium: Zukunftsaufgaben in unseren Städten Dr. Robert Fischer
- 20 Werkstatt A: Technologie und Klimawandel Prof. Dr. Gerhard Steinebach / Dr. Martin Rumberg
- 22 Werkstatt B: Demografischer und sozialer Wandel und Integration Elke Becker
- 24 Werkstatt C: Ökonomie Dr. Robert Fischer
- 26 Werkstatt D: Kultur und Lebensumwelt Prof. Dr. Jürg Sulzer
- 28 Podium: Formulierung von Strategien und ihre Umsetzung in die Praxis Prof. Dr. Franz Pesch
- 30 Kommunikation als Ressource – Fazit zum Zweiten Hochschultag Dr. Ulrich Hatzfeld
- 33 Ressortforschung und universitäre Forschung Prof. Elke Pahl-Weber
- 36 Treffen der Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dr. Robert Fischer
- 38 Der Zweite Hochschultag aus der Sicht der Studierenden Lex Faber
- 40 Posterausstellung
- 42 Mitwirkende/Impressum





Begrüßung und Eröffnung des Zweiten Hochschultages



Staatssekretär
Rainer Bomba
Bundesministerium
für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie herzlich zum Zweiten Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Wir tagen an einem besonderen Ort: Ein ziemlich rauer, unfertiger Ort, an dem sich gerade viel verändert. Ich denke, dieser Ort passt zum Thema Stadtentwicklung, weil es dabei insbesondere darum geht, Veränderungen und Umbrüche zu bewältigen, positives Potenzial zu erkennen und zu nutzen. Das ist der eine Grund für die Auswahl dieses Ortes. Der andere Grund: Unsere Ausstellung „Realstadt, Wünsche als Wirklichkeit“. Die Ausstellung zeigt integrierte Stadtentwicklung als ein Projekt vieler Akteure. Sie zeigt deren Wünsche, die alltäglichen, spektakulären, idealistischen, ökonomischen. Wünsche sind die Antriebskraft der Stadtentwicklung. Auch Sie und ich sind heute hier, weil wir Wünsche haben. Wir wünschen uns zum Beispiel lebenswerte Städte – heute und in Zukunft. Wenn ich über Städtebauförderung spreche, fällt vielen von Ihnen ein Thema ein: die Kürzung der Städtebauförderung, darüber wurde in den letzten Monaten stark diskutiert. Die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden ist für mein Ministerium – das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, es ist nicht nur ein Verkehrsministerium – außerordentlich wichtig. Eines jedoch, wird immer gleich bleiben, egal, wie viel Geld wir für die Städtebauförderung zur Verfügung haben: Die Herausforderungen, vor denen die Städte und Gemeinden stehen, werden immer in einem höchst unerfreulichen Verhältnis zu den Mitteln stehen, über die wir verfügen können. Die Herausforderungen sind groß: Einerseits eine historische Krise der Kommunalfinanzen, andererseits gibt es immer mehr ungelöste Fragen, etwa: Wie sollen wir den ländlichen Raum lebendig halten, wenn dort immer weniger Menschen leben? Wie soll eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land aussehen? Wie können wir unsere Städte für ein neues Energiezeitalter umbauen? Wie bauen wir unsere Quartiere

und unsere Wohnungen so um, dass sie passend sind für immer mehr ältere Menschen? Wie verhindern wir, dass wir Stadtviertel bekommen, in denen sich Angst, Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit breit machen? Wie können wir Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich intensiver für ihre Städte und Gemeinden einzusetzen?

Kurz und weniger emotional: Wie reagieren wir auf die Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels und des Klimawandels?

Es ist klar: Keiner kann diese Aufgaben alleine bewältigen. Neue Allianzen sind erforderlich, um unsere Städte und Gemeinden zukunftsfähig zu gestalten. Deshalb haben wir uns hier zu einem, wie ich meine, guten Dialog zwischen Politik und Wissenschaft getroffen. Die Politik braucht die Wissenschaft. Ohne ihre Erkenntnisse fehlt uns die Grundlage zum Handeln. Ohne ihre Lehre, ohne die Studierenden fehlen die Experten, die Deutschland dringend braucht. Vor diesem Hintergrund stelle ich Ihnen meine Gedanken zum Dialog zwischen Politik und Wissenschaft vor.

Der integrierte Ansatz der Stadtentwicklungspolitik und die Nationale Stadtentwicklungspolitik haben sich für Deutschland als richtig erwiesen. Mit unseren Partnern haben wir hier erfolgreiche Strukturen geschaffen, die sich auch, und das hat sich jetzt gezeigt, in schwierigen Situationen bewähren. Das habe ich in den verschiedensten Gesprächen erlebt – z. B. auch beim Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Nürnberg, bei dem ja auch viele von Ihnen anwesend waren.

Seit dem erfolgreichen Ersten Hochschultag im Jahr 2009 haben wir den Dialog kontinuierlich fortgesetzt. Unser Hochschultag ist dazu ein wichtiges Instrument. Und ich kann klar und deutlich sagen: Dieser Hochschultag wird auch bei knappen Finanzen weiter fortgeführt. Zudem ist geplant, eine Ringvorlesung zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik an drei oder vier deutschen Hochschulen durchzuführen. Vertreter aus der Leitung der zuständigen



Fachabteilung meines Ministeriums, Experten der jeweiligen Hochschulen, Studenten der Stadtentwicklung und Stadtplanung, lokale Akteure der Stadtentwicklung diskutieren gemeinsam über aktuelle Themen und Herausforderungen der Regierungsarbeit. Ich kann mir vorstellen, dass wir auch die nächste Summer School unterstützen werden.

Wir haben uns auch gefragt: Wie können wir jungen Absolventen den Berufseinstieg erleichtern? Um hier zu unterstützen, werden wir in den kommenden Jahren erstmals einen Nachwuchspreis ausloben. Dabei sollen in einer Kategorie auch sehr gute Studenten und deren Professoren für ihre hervorragende Arbeit ausgezeichnet werden. Der Gedanke, der dahinter steht, ist natürlich: die Chancen bei einem Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erhöhen, wenn ein solcher Preis öffentlichkeitswirksam verliehen wird.

Aber es gibt auch Fragen, die ich an Sie habe, Fragen, die mich bewegen, die meine Fachabteilungen bewegen. Schöpfen die Hochschulen ihr Potenzial aus? Deutschland verfügt auch im internationalen Vergleich über eine wissenschaftliche Expertise auf hohem Niveau. Wir haben in diesem Bereich eine sehr dichte Forschungslandschaft, möglicherweise auch die dichteste in Europa. Aber: Wir haben auch Defizite. Keine Lobhudelei. Dazu sind wir heute nicht hier. Die Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Öffentlichkeit und vor allen Dingen in die Praxis muss wesentlich besser werden. Dieses Potenzial wird noch nicht ausreichend genutzt. Praxis und Forschung müssen stärker zusammenkommen. Wir brauchen einen intensiven Austausch. Wir müssen bereit sein, mehr voneinander zu lernen. Wir brauchen zum Beispiel ein besseres Verständnis für die Regeln, die der jeweils andere beachten muss. Hierbei sollte ein besonderer Schwerpunkt auf der kommunalen Ebene liegen. Ich denke, hier ist noch sehr viel zu tun.

Warum braucht die Übersetzung wissenschaftlicher Arbeit und wissenschaftlicher Erkenntnis in die Praxis einen so langen Zeitraum?

Wie schaffen wir es, dass die besten Strategien, Lösungsansätze und Instrumente, die die Wissenschaft findet, schnell für die Politik und schnell in der Praxis, in den Städten, Verwaltungen, Planungsbüros, Quartiersmanagements verfügbar werden? Wir wollen doch alle, dass schnell damit gearbeitet werden kann. Wie können wir hier besser werden? Auch das ist ein Thema der heutigen Tagung.

Sie alle leisten eine hervorragende Arbeit. Sie entwickeln neue Lösungen für drängende Probleme. Dennoch sind die Forschungsergebnisse auch für die Interessierten nur schwer zu finden – oder sie werden nur einem sehr ausgewählten Kreis bekannt gegeben. Das ist nicht gut. Auch das ist ein Thema, an dem wir arbeiten müssen, zum Beispiel in Netzwerken. Ich könnte mir vorstellen, dass auch unsere Hochschulen sich besser vernetzen, unsere Hochschulen auch intensiver mit den Medien zusammenarbeiten und Forschungsergebnisse häufiger und besser kommunizieren.

Zur Frage, ob die Hochschulen ihr Potenzial ausschöpfen, gehört ein weiteres Thema: die Fort- und Weiterbildung. Sehr gut ausgebildete Absolventen gehen von den Unis in die Praxis. Danach bricht der fachliche Kontakt zumeist ab. Die Rückkopplung zwischen Hochschulen und Praktikern fehlt. Dabei würden davon beide Seiten profitieren. Die Praktiker könnten an den neuesten Forschungserkenntnissen teilhaben und ihr Wissen auf eine breitere Basis stellen. Die Hochschulen würden von den Erfahrungen der Praktiker profitieren. Auch darüber sollten wir heute reden.

Ich würde mir wünschen, dass die Diskussionen und die Ergebnisse auf fruchtbaren Boden fallen, dass wir den Dialog verstärken und dass wir uns nächstes Jahr zum Dritten Hochschultag treffen und dann weiter wichtige Themen, die uns alle betreffen, diskutieren.

Ich wünsche Ihnen einen interessanten Tag, gute Vorträge und freue mich auf das nächste Jahr. Herzlichen Dank!

Erwartungen der Universitäten an den Zweiten Hochschultag



Prof. Julian Wékel
Deutsche Akademie
für Städtebau und Landes-
planung, Berlin

Die Veranstaltung eines ersten Hochschultages im Jahr 2009 war eine Initiative, ein Angebot und Auftakt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, das auch diesen Zweiten Hochschultag dankenswerterweise wieder maßgeblich unterstützt und fördert. Anlass war der angesichts gewandelter Entwicklungsbedingungen auf allen Ebenen der Praxis geäußerte Bedarf an vertieften Dialogen mit der Wissenschaft.

Die hierzu wegen ihrer Mitglieder sowohl aus der Wissenschaft als auch aus der Praxis als Partner angesprochene Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung hat diese Initiative gern aus eigener Überzeugung aufgegriffen und konzeptionell weitergeführt.

Alle hieran Mitwirkenden waren dann im Januar 2009 überwältigt von der Resonanz und der nicht zu erwartenden Teilnahme aus nahezu allen Universitäten, an denen Städtebau gelehrt und beforscht wird, wie zudem aus allen Hochschulgruppen, der Professorenschaft, der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und vor allem auch der Studierenden.

Es sollte ein Experiment des Dialogs zwischen politischer Praxis und Wissenschaft, aber auch innerhalb der Wissenschaftsseite selbst werden.

Wir starteten recht grundsätzlich mit zwei einleitenden Vorträgen von Julian Nida-Rümelin, dem ehemaligen Kulturstaatsminister, und dem renommierten Stadtsociologen Walter Siebel.

Beide stellten die Notwendigkeit weiterer Brückenschläge zwischen den „Welten der Macht und der Wahrheit“ (Siebel) heraus, betonten aber auch die konstitutionelle Unabhängigkeit der beiden Sphären voneinander zur Wahrung ihres je unterschiedlichen gesellschaftlichen Auftrages.

Hier ist heute direkt anzuschließen, auch der zweite Dialog in diesem außergewöhnlichen Rahmen bedarf der grundsätzlichen Vergewisserung der unterschiedlichen Rollen und des gegenseitigen Respekts vor den jeweiligen Anspruchshaltungen.

Walter Siebel sagte darüber hinaus, dass zukünftig ein erweitertes Konzept von Politikberatung notwendig sei, unter anderem müsse Wissenschaft den Adressatenkreis ihrer Arbeitsergebnisse erweitern: die Öffentlichkeit, die privaten Unternehmen, die Medien und die zivilgesellschaftlichen Akteure.

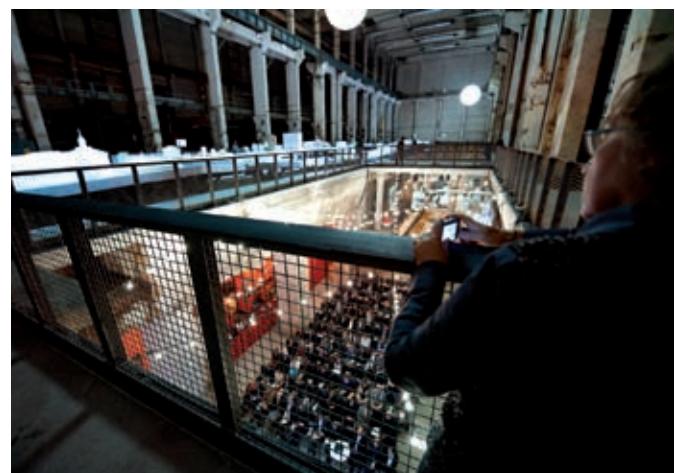
Die Beratung der Politik werde mehr diskursiven Charakter annehmen und weniger ex ante als ex post Beratung sein, also mehr Evaluation. Letzteres lässt sich aus meiner Sicht bereits deutlich anhand der neuen Programme und erweiterten Dialogpraxis des Bundesministeriums belegen.

Mit diesem Ausgangspunkt hat der erste Hochschultag sich auf die Suche nach Vertiefung des derzeit praktizierten Dialogs begeben. So wurde schon in seiner Vorbereitung nach gemeinsam interessierenden strategischen Themen, also nach den Inhalten zukünftiger Dialoge gefragt. Es wurden dabei auch die Interessen und die Beiträge von Nachwuchswissenschaft und Studierenden – die trotz ihrer Bedeutung bisher selten in übergreifende Veranstaltungen einbezogen sind – bewusst aufgegriffen.

Schließlich hat man sich mit geeigneten Formen und neu zu gestaltenden Foren zukünftigen Austauschs befasst.

Diese erste gemeinsame Tagung hat in der Zwischenzeit Wirkung entfaltet, wenn auch die Liste der seinerzeit als Ergebnis zusammengetragenen Erwartungen noch großen Raum für weitere Entwicklungen lässt – deshalb sind wir hier und heute wieder zusammen.

Ich möchte zwei Sätze zu den Wirkungen und Erfolgen hinzufügen: Die beiden zwischenzeitlichen Bundeskongresse der Nationalen Stadtentwicklungspolitik haben die auf dem ersten Hochschultag geführte Diskussion um die angesprochene Themenfindung programmatisch aufgenommen. Das hat vor allem der 4. Bundeskongress vor einem Monat in Nürnberg gezeigt.



Und ich möchte an dieser Stelle Ihnen, Herr Staatssekretär, und Ihrem Haus Dank und Anerkennung aussprechen, dass Sie hier Kontinuität wahren, und dass Sie sich persönlich beispielsweise durch Teilnahme an Projektpräsentationen vor Ort mit dem Ansatz der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beschäftigen und identifizieren.

Ebenso bedeutsam als direkte Folge des ersten Hochschultages, dass gerade die Wissenschaftlichen Mitarbeiter den Anstoß zu einer neuartigen Kommunikation über laufende Nachwuchsforschungen weitergeführt haben – gern wurde ihre hierzu im Vorfeld zur heutigen Tagung erstellte Dokumentation von uns unterstützt und gefördert.

Die Studierenden haben die Dimension der Ausbildung, die Frage nach den gewandelten Qualifikationsanforderungen der Praxis im Bereich Stadtentwicklung in die Vorbereitungen des Zweiten Hochschultages eingebracht und werden dies später in den Podien und Werkstätten aufrufen. Die ebenfalls als Folgeveranstaltung durchgeföhrte Summer School mit Beteiligung von immerhin neun Architektur- und Planungsschulen ist Ausdruck sich weiterentwickelnder, übergreifender Lehrpraxis mit Rückwirkungen auf die universitäre Didaktik.

Diese viel versprechenden Ansätze wecken aus Sicht der Universitäten hohe Erwartungen an den heutigen Tag und seine Ergebnisse.

Wir haben uns vor diesem Hintergrund auf die Behandlung der zentralen Themenfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, als Beispiele, als Folien für die Erörterung von Fragen des Herangehens an zukünftige Dialoge verständigt. Gerade aus Sicht der Universitäten ist hierbei wichtig, in direkter Diskussion mit Vertretern der Praxis strategische Fragestellungen und Wissensbedarfe der vor Ort Handelnden neu zu definieren.

Beide Seiten kennen schon aufgrund der umfangreichen Publikationen zu „Fallstudien bester Praxis“ die Qualität, die die projektbezogene

Kooperation und wissenschaftliche Begleitung in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erreicht hat. Aber wir wissen auch, dass die gewandelten Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung bei den Praktikern einen Wissensbedarf erzeugen, der über das hinausgeht, was zur Bewältigung des Tagesgeschäfts und planerischer Arbeit an konkreten Einzelprojekten unabdingbar ist. Die für unsere Werkstätten aufgerufenen Zukunftsthemen des Klimawandels, der sozialen Integration, der Ökonomie von Haushalts- bis Finanzwirtschaft, schließlich der globalisierungsgesprägten kulturellen Entwicklung, lassen sich in der Praxis mit dem auf bisherigen Erkenntnissen und Erfahrungen aufbauenden Wissen nicht mehr angemessen behandeln. Sie erfordern vielmehr innovative Sicht- und Herangehensweisen und häufig mutige praktische Experimente. Deshalb der spontane Appell, in jeder heutigen Werkstätten explizit den Beitrag wissenschaftlicher Auseinandersetzung für die Praxis in den jeweiligen Themenfeldern heraus zu arbeiten und erneut sowohl nach Inhalten als auch nach Formen für die Weiterentwicklung der Dialoge und Kooperationen zu fragen.

Der wissenschaftliche Zugang, den Stadtplanung und Städtebau zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung wählen, wird sicher aufgrund der elementaren Querschnittsorientierung unserer Fächer weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen. Aber der Blick auf die zitierten Themenfelder zeigt, dass deren Raumbezug nur einen Aspekt ihrer sinnvollen wissenschaftsdisziplinären Einordnung darstellt, und ich wage zu behaupten, dass dessen Bedeutung für die Erfordernisse der Praxis zudem tendenziell eher abgenommen hat. Wir werden uns also über diesen Zweiten Hochschultag hinaus, mit dieser Vermutung will ich enden, mit einer neuen Qualität transdisziplinären Herangehens an den Wandel der Stadt und den gemeinsamen Auftrag der Mitwirkung an dessen nachhaltiger Gestaltung auseinanderzusetzen haben.

Wie viel Wissenschaft braucht die Stadtentwicklung?



Dr. Volker Hassemer
Vorsitzender der Stiftung
Zukunft Berlin

Zu dem großen Feld der Themen Wissen, Stadtentwicklung, Bürger, Entscheidungen, Analysen des Richtigen, politische Positionen, politische Kompromisse nur einige Bemerkungen.

Strategieplanung, die alle Faktoren des Städtischen miteinander einsetzt zum großen gemeinsamen Erfolg, wird in Zukunft die Grunddisziplin der Stadtentwicklungsplanung der Städte werden. Wer das nicht schafft, wer diese Perspektive mit seiner Stadt nicht verbinden kann, der wird in der Konkurrenz der Städte verlieren.

Ich bin davon überzeugt, dass Politik und Verwaltung allein immer weniger in der Lage sein werden, dieses städtische Potenzial in Bewegung zu bringen. Ich bin davon überzeugt, dass bei bester Leistung die Politik zunehmend auf die Mitarbeit, auf den Zufluss von Ideen, von Engagement, von Sachkunde, von Fachkunde der Gesellschaft angewiesen sein wird. Wir werden uns zunehmend in unseren Städten verstehen müssen als Mitglieder einer großen Gemeinschaftsanstrengung. Das muss die Perspektive der gemeinsamen städtischen Planung, der städtischen Entwicklung für die Zukunft sein.

Die Voraussetzungen dafür sind im Augenblick außerordentlich schlecht. Die Kultur der Zusammenarbeit zwischen Bürger, Politik, Verwaltung und Stadt ist bei weitem nicht so gewachsen, als dass man auch nur annähernd von einer solchen Strategiegemeinschaft sprechen könnte.

Wie kann es aber sein, dass wir so wenig an Methoden, an Ideen arbeiten, die dieses Nutzen der Ressourcen der Gesellschaft im Interesse des großen Gemeinsamen in der Stadt, ermöglichen und vorantreiben? Wir müssen die Ungemütlichkeit, die das Sich-Engagieren, das Arbeiten an den Themen der Gemeinschaft für die Bürger und das Mitreden der Bürger für die Politiker bringt – beide Ungemütlichkeiten müssen wir im Interesse der Entwicklung dieses gemeinsamen Ganzen nach meiner Überzeugung ertragen.

Das Thema des Beteiligens derer, die Wissen haben, ist natürlich ein besonders wertvolles. Hier ein Vergleich zu den Steuern: Die besonders Reichen geben im Ergebnis besonders viel von dem ab, was sie sich erarbeitet haben. Wenn es richtig ist, dass Wissen in das Kapital der Gemeinschaft eingegeben werden soll, dann werden die, die am meisten Wissen haben, am meisten Verantwortung dafür tragen, von diesem Wissen für die Gemeinschaft etwas abzugeben.

Ich kann nicht anders, als auch hier auf die Situation zu sprechen zu kommen, die uns zurzeit mit diesem berühmten Phänomen von Stuttgart 21 vorgeführt wird. Ein ganzes Land schaut gebannt auf diesen Showdown in Stuttgart. Und das Schlimmste: Ich jedenfalls kann nicht sehen, wie in der Situation, in der man dort ist, für möglichst viele, gar für alle befriedigende Lösungen gefunden werden können.

Ich bin davon überzeugt, dass Politik und Verwaltung Wege finden müssen, sich qualitativ und substanzell zu solchen Großprojekten mit der Gesellschaft rechtzeitig in Verbindung zu setzen. Ich halte dies auch für eine Bringschuld von Verwaltung und Politik.

Was dagegen zurzeit – und es ist interessant, dass nicht von Beteiligungskultur, sondern von Protestkultur gesprochen wird – in einem solchen Projekt stattfindet, ist im Ergebnis eine vernichtende Attacke auf das, was Ihr Berufsstand bedeutet.

Ich glaube, Vokabeln wie „den Bürger mitnehmen“ sind wirklich verräterisch. Sie sind im Ergebnis nicht Dokumente einer Kultur kooperativer Zusammenarbeit, wie ich sie versuchte in meinem ersten Punkt anzudeuten. Sie als Fachplaner müssen sich damit in derselben Weise wie mit den „sachlichen“ Faktoren auseinandersetzen.

Die Frage ist natürlich: Was soll es denn sein? Der große Zwischenraum, den man ausfüllen muss, wenn man es mit der repräsentativen Demokratie ernst meint, der große



Zwischenraum: Was gibt es denn zwischen dem: „Wir gehen unseren Weg, wir gehen einen gut überlegten, fachplanerisch abgesicherten Weg, den könnt Ihr Bürger nicht so richtig verfolgen, aber das nächste mal nehmen wir euch früher mit“ – zwischen dem und dem anderen: „Die Politik ist mir ihrer Arbeit an solche Grenzen gekommen, dass wir denen die Entscheidung wieder weg und in unsere eigenen Hände nehmen müssen“ – also Plebisitz?

Wie zwischen diesen beiden Extremen vernünftige, kluge, abwägende Methoden gefunden werden, um einen Kontakt, um einen bereichernden, offenen Kontakt zwischen Bürger und agierende Verwaltung und Planung zu erreichen, diese Diskussion findet auch im Augenblick nach meiner Einsicht nicht statt. Ich sehe nicht, dass über Modelle gesprochen wird, nicht, wie man jetzt aus Stuttgart wieder herauskommt, sondern wie man bei derartigen Projekten ein Verhältnis zwischen Bürger, Politik und Verwaltung schafft, das schon gar nicht dazu führt, dass eine derartige Situation entsteht.

Anfang der 1990er Jahre haben wir in Berlin sozusagen fünfmal Stuttgart 21 gehabt. Wir hatten in einer Stadt Plätze zu beplanen, unabhängig davon, was man vom Ergebnis hält, die mitten in der Stadt Tabula rasa waren. Wie man mit einem solchen inneren Stück in der Stadt heutzutage umgeht, war eine wirklich absolut offene Frage. Es gab in dieser Zeit eine Menge von Entscheidungen, die einem im Nachhinein, wenn man heute Stuttgart 21 betrachtet, geradezu Angst machen können. Es war wirklich Angst einflößend, solche gewaltigen Entscheidungen in so

kurzer Zeit herbeizuführen. Wir haben damals gesagt: Wir gehen bewusst einen offenen Weg der Kommunikation mit der Stadtbevölkerung und richten dieses Stadtforum ein. Es behandelte die Themen dieser Stadtentwicklungsplanung rechtzeitig vor ihrer Entscheidung, öffentlich und – das ist die Brutalität dieses Verfahrens gewesen – alle zwei Wochen zweimal vier Stunden lang. Der zuständige Senator war dort nicht der Organisator der Veranstaltung, sondern er war, wie er sagte: der oberste Zuhörer. Der zentrale Ort der Entscheidungsvorbereitung war nicht in der Politik und nicht in der Verwaltung. Er war gemeinsam mit der Politik und gemeinsam mit der Verwaltung an dieser Stelle.

Ich schildere das hier weil ich damit sagen will, dass jeder, der heute mit großen Projekten sich befasst, nach meiner Überzeugung sagen muss, wie er es besser macht als in diesem Verfahren, oder zu einem Zeitpunkt, den er nicht bestimmen kann, konfrontiert sein wird mit dem, was dann die Bürger sich entscheiden an Protest und nicht an Kooperation zu mobilisieren.

Insgesamt wollte ich mit diesen Bemerkungen auch verdeutlichen: Sie ahnen nicht, eine wie steigende Bedeutung Ihre Disziplin in der Entwicklung der Städte in Zukunft haben wird. Sie ahnen aber vielleicht auch nicht, welche Art des Wechsels, des Neuerfindens der Methode Ihrer Arbeit Sie werden leisten müssen, um das große Kooperationsprojekt, so wie ich es jedenfalls sehe, Ihre eigene Stadt voranzubringen, zwischen Ihnen, den Fachleuten, und den Bürgern, für die es von Ihnen bedacht und vorbereitet wird, in Zukunft zu leisten.

Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft – Die unsichtbare Stadt

Zusammenfassung von Susanne Thomaier, TU Berlin

Studierende von neun deutschen Hochschulen mit Stadtplanungsstudiengängen haben im Vorabendprogramm des Hochschultags Arbeitsergebnisse aus einer einwöchigen Summer School vorgestellt. Während dieser Summer School haben sie sich unter dem Thema „Die unsichtbare Stadt“ mit Herausforderungen der Stadtentwicklung beschäftigt und innovative Gestaltungsoptionen durchdacht. Begleitet wurde die Ergebnispräsentation von einer Posterausstellung, welche die Arbeit aus Seminaren zur unsichtbaren Stadt zusammenfasst, die als Vorlauf zur Summer School im Sommersemester 2010 an den neun Hochschulen stattgefunden haben. Den Rahmen für die Durchführung der Seminare und Summer School bildet das Projekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft – Die unsichtbare Stadt“, das aus Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungs politik gefördert wurde. Das Projekt zielte darauf ab, durch die Bearbeitung eines gemeinsamen, „unkonventionellen“ Rahmenthemas das kreative Potenzial angehender, junger PlanerInnen zu mobilisieren, den Austausch zwischen Planungstudiengängen zu fördern und den Dialog zwischen Hochschulen und Ministerium zu befürchten.



Die Seminare der am Projekt beteiligten Lehrstühle haben sich dem Thema der unsichtbaren Stadt zunächst über ganz unterschiedliche Zugänge genähert. Eine Gruppe Studierender hat während der Summer School versucht, die behandelten Themen in das Spannungsfeld zwischen sichtbar und unsichtbar sowie zwischen wahrnehmbar und nicht wahrnehmbar einzurordnen. Der dabei entstandene Überblick

- zeigt ein vielschichtiges Bild der unsichtbaren Stadt – von stadt soziologischen Phänomenen bis hin zu technischen Aspekten,

- macht verschiedene Dimensionen und Abstufungen von (Un-)Sichtbarkeiten deutlich und
- spiegelt verschiedene Perspektiven und Herangehensweisen der Stadtplanung zu dem Thema wieder.

Die (un-)sichtbare Stadt – Eine Annäherung. Themenschwerpunkte aus Seminaren und Summer School

erarbeitet von: Alexander Koch (RTWH Aachen) / Phillip Kühl (TU Berlin), Leif von Nethen (TU Dortmund) / Hanna Santoro (HCU Hamburg) / Tina Tuchscheerer (BU Weimar)

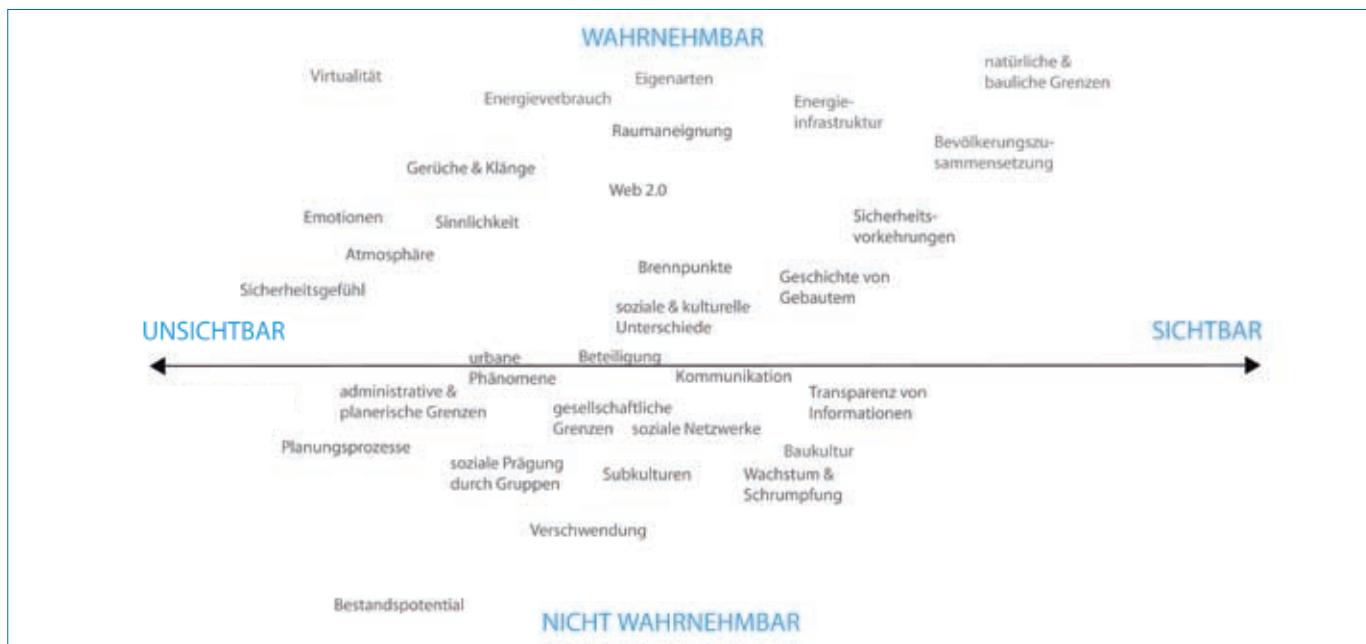
Während der Summer School ging es den Studierenden vor allem auch darum, die Rolle der Stadtplanung im Spannungsfeld von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit zu definieren. Hierzu wurden Ansätze entwickelt, die der Planung helfen sollen, unsichtbare, die Stadt prägende Elemente zu dechiffrieren, zu verstehen und damit steuerbar zu machen. Es haben sich vier Themen herauskristallisiert, anhand derer die Studierenden Visionen und Lösungsansätze zum planerischen Umgang mit (Un-)Sichtbarkeiten erarbeitet haben.

Virtuelle Überlagerungen: „Virtual Urban Layers“

Lorenz Brugger (Uni Stuttgart) / Benjamin Könecke (TU Berlin) / Wulf Kramer (Uni Stuttgart) / Martin Kunz (BTU Cottbus) / Merle Pannecke (HCU Hamburg)

Im Internet existieren große Mengen unterschiedlichster Daten, die Aussagen über den städtischen Raum und seine Nutzung liefern können. Wie kann die Planung diese Daten sinnvoll auswerten und nutzen?

Lösungsansatz: Mit Hilfe der online-Suchmaske „Virtual Urban Layers“ sollen im Netz vorhandene Datenmassen wie Bild-/Videodatenbanken, GPS-Daten u. a. daraufhin „gescannt“ werden, ob sie zu einem bestimmten Ort Informationen beinhalten, die für die Planung sinnvoll miteinander verknüpft werden können. So können verfügbare online-Daten durch ihre Bündelung Auskunft zu verschiedenen planerischen Fragestellungen und über bestimmte Eigenschaften eines Ortes geben: Sie zeigen bspw., wie Bewegungsströme unterschiedlicher Gruppen verlaufen und ob ein städtischer Raum stärker als Transit- oder Aufenthaltsfläche genutzt wird.



Die (un-)sichtbare Stadt – Eine Annäherung. Themenschwerpunkte aus Seminaren und Summer School

Eigenart: „urban geno.m“

Claudia Ellinger (TU Dresden) / Tobias Backen (Uni Kassel) / Susanne Hügel (Uni Stuttgart) / Hendrik Uteß (TU Dresden) / Yilmaz Yilmaz (RWTH Aachen)

Jede Stadt, jeder Ort ist einzigartig. Man spürt diese Eigenart, aber kann sie oft nicht konkretisieren. Geschichte, Menschen und die bauliche Struktur sind einige Faktoren, die diese Eigenart von Orten prägen. Wie kann diese Eigenart sichtbar werden? Wie kann die Planung sie besser verstehen? Ist Eigenart planbar?

Lösungsansatz: Mit dem Analyse-Instrumentarium „Urban geno.m“ sollen Charakteristika von Orten wie bspw. die Baustuktur, aber auch Sicherheit oder das soziale Netz erfasst und abstrakt visualisiert werden. So werden die Eigenarten verschiedener Orte erkenn- und für den Planer vergleichbar und auch Veränderungen eines Ortes über die Zeit können sichtbar gemacht werden.

Aneignung: „Approp App-Nutzungsradar“ – Kontrollwerkzeug für Planer

Swende Albrecht (TU Berlin) / Florence Ebert (BTU Cottbus) / Jennifer Nitschke (Bauhaus-Universität Weimar) / Till Martin (RWTH Aachen)

Gesellschaftliche Gruppen eignen sich öffentliche Räume auf unterschiedliche, sichtbare wie auch nicht sichtbare Art und Weise an. Was bedeuten diese Aneignungsprozesse für die Stadt? Wie kann Planung besser damit umgehen?

Lösungsansatz: Es werden verschiedene Nutzungen und Raumaneignungsarten zu verschiedenen Zeitpunkten erfasst und mit dem

Aneignungsradar „Approp App“ dargestellt. Das Aneignungsradar soll verschiedene Raumaneignungen zu bestimmten Zeiten sichtbar und vergleichbar machen, eine bessere Bewertbarkeit und Lesbarkeit ermöglichen und als Kontrollfunktion für abgeschlossene Planungen dienen.

Sinnlichkeit der Stadt

Matthias Dargel (RWTH Aachen) / Volker Katthagen (Uni Weimar) / Matthias Pohler (Uni Kassel) / Lisa Reudenbach (TU Dortmund) / Nicolai Sieber (Uni Kassel)

Die Wahrnehmung von städtischen Räumen geschieht über den visuellen Sinn hinausgehend in erheblichem Maß auch über die anderen Sinne wie bspw. hören und riechen. Wie können Planung und Bewohner/innen für die Relevanz der gesamten Sinneseindrücke sensibilisiert werden?

Lösungsansatz: Ein Stadtspaziergang unter dem Motto „Bist du noch bei Sinnen?“ soll für eine über das Visuelle hinausgehende Wahrnehmung der Stadt sensibilisieren. Die gezielte Ansprache und Nutzung aller Sinne – riechen, hören, schmecken, fühlen, sehen – steht dabei im Zentrum. Spiegel-Installationen, Geräusch- und Geruchsinterventionen im öffentlichen Raum sollen bei den BürgerInnen bestimmte Sinneseindrücke und „sinnliche Perspektivwechsel“ anregen. So soll ein öffentliches Bewusstsein dafür entstehen, dass Stadt nicht nur visuell, sondern im Zusammenspiel der gesamten Sinneseindrücke wahrgenommen wird.

Dimensionen der Zukunft:

Besser leben, schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft



Prof. Peter Wippermann
Folkwang Universität Essen
Trendbüro Hamburg

Der Blick in die Zukunft ist etwas, was jeden in irgendeiner Weise interessiert: Die Zukunft ist jedoch nicht zu erforschen. Aber bestimmte Prinzipien helfen, Zukunftsszenarien zu verstehen.

Es ist unsere Idee, dass sich die Gesellschaft permanent verändert. Ich glaube, wir sind im Moment dabei, eine große Welle auf uns zurollen zu sehen, die Welle des Strukturwandels von der Industriekultur hin zur Netzwerkökonomie.

Was bedeutet das für die Stadtplanung? Was bedeutet das vor allen Dingen für Städte?

Um diese Veränderungsprozesse beurteilen zu können, haben wir vier Beobachtungskonstanten:

Das Erste: Wir wollen nicht mehr alt werden. Die Idee, dass man etwas Zeitloses, Humanoides sein möchte. Selbstfindung ist etwas, was uns in den letzten 30 Jahren sehr stark beschäftigt hat. Selbstdesign ist auf dem Vormarsch. Schauen Sie auf die Gesellschaft, dann sehen Sie, was sich verändert hat: Der Individualismus ist in der Familie angekommen. Was aber wirklich spannend ist, ist, dass sich der Single-Anteil im Bereich der unter 60-Jährigen vergrößert hat. Die Auswirkungen sind dramatisch. Pro Stunde verliert die Bundesrepublik 17 Mitglieder, eine Entwicklung, die langsam und unglaublich radikal ist. Vereinfacht sieht es

so aus: Wir haben Wanderungen von Ost nach West, von Nord nach Süd, vom Land in die Stadt. Sie müssen sehr genau schauen, wie der demografische Wandel in Ihrem Stadtgebiet angekommen ist, ob Sie Rückbau oder Aufbau betreiben müssen.

Damit kommen wir zu den Medien: Personal media ist der Arbeitsbegriff, das Smartphone das Bild dazu. Früher haben die Geräte konkrete Vorgaben der Hersteller an den Endverbraucher mitgegeben, heute bekommen Sie ein Gerät, das Sie selbst konfigurieren und jedes Gerät ist auf Sie selbst zugeschnitten.

Diese Idee, dass Personal Media etwas ist, was die Architektur verändert, mag Ihnen im Moment fremd sein. Das Interessante ist aber, dass auf diesen Geräten die erste und zweite Wirklichkeit zusammengeführt wird. Sie können mit einem Smartphone unterwegs sein und sehen dann in der Landkarte verortet, wo Sie sich aufhalten. Diese Art der Kommunikation – vor Ort, persönlich und individuell – ist etwas, was in der Städteplanung meiner Meinung nach viele Hilfen mit sich bringt.

Damit komme ich zur Netzwerkökonomie – der Arbeitsbegriff für die Industriegesellschaft in der Ablösung. Dies können Sie anhand der Entwicklung in der Automobilindustrie sehen. Die Idee des Autos hat unsere Städte verändert.





Mittlerweile ist es aber so, dass Sie diese Geräte nicht mehr besitzen müssen, sondern Sie können Car-Sharing nutzen. Sie können heute Ihr Smartphone nehmen und sich Ihr Auto aussuchen. Sie sehen auf der Landkarte, wo die Autos stehen und können über das Smartphone bezahlen. Das ist eine Integration von Kommunikation und Mobilität, die angefangen hat, in den Großstädten zu wirken, in Deutschland aber in der radikalen Form noch nicht angekommen ist. Das verändert Räume und Nutzungskonzepte.

Die Idee, dass man sich über Daten identifiziert, dass man Daten zur Verfügung stellt, dass man diese vernetzt und gemeinsam nutzt, bedeutet eben nicht mehr gebauten Raum für Computer, sondern das sind Zugänge zum Cloud-Computing, also zum verteilten Daten-Arbeiten, die wir im Moment als Entwicklung sehen.

Hier ist etwas unterwegs, was irgendwann auch Städte, auch kleine Gemeinden verändern wird.

Damit kommen wir zu den Metropolen. Der Arbeitsbegriff würde für mich sein: Schwarm-Intelligenz, die Bewertung von gemeinsamen Daten. In der Stadtplanung gibt es dafür im Moment hervorragende Beispiele. Schauen Sie nach Stuttgart 21: Sehr gut durchgeplant, alle Parteien sind sich einig – trotzdem aktive Bürgerbewegung. Das war technisch früher nicht möglich. Früher hätte man Flugblätter drucken müssen, Institutionen, Parteien bewegen müssen, aktiv zu sein. Heute gibt man Meldungen in den virtuellen Raum, wartet auf Feedback, um dann spontan reagieren zu können.

Diese Idee, dass wir über Medien plötzlich auch Städte verändern wollen, macht es sinnvoll zu schauen:

Wie funktionieren diese Medien? Welchen Einfluss hat diese Medienleistung auf andere? Wie häufig wird hier etwas Neues kommuniziert? Wie kann ich diesem Medienansatz vertrauen?

Ich habe Ihnen drei Ansätze mitgebracht, die in die gleiche Richtung gehen, die unmittelbar Ihre Arbeit beeinflussen werden.

Smart City: Der Zugang und die Optimierung von städtischen Ressourcen, Bürger-Applications, Verwaltung in der Data Cloud und Stadtwerke, die Sensor-Networks einbauen, Machine-to-Machine-Netzwerker – das sind Arbeitstitel, die ich nicht zu erläutern brauche. Aber was bewegt sich dahinter? Schauen Sie in den Strafvollzug. Es ist einfach günstiger, ein Chip an ein Bein zu binden, als ein Gefängnis zu bauen. Das ist etwas, was praktiziert wird, was im Moment politisch noch umstritten ist. Aber es macht deutlich: Der Einzelne ist der Curser im Datenraum.

Schauen Sie in den Bereich Energie: Smart Energy, virtuelles Kraftwerk, Smart Bricks, Intelligente Energieverwaltung. Alles Arbeitsbegriffe, die Ihnen vertraut sind. Sie sehen auf der einen Seite die Energieversorgung im kleinsten Detail. Die Idee, dass sich die Geräte selbst versorgen, ist eine Möglichkeit. Großanlagen wie die Idee, dass wir in der Wüste die Sonnenenergie nutzen und dann nach Europa bringen, ist das andere. Es geht um die Integration ganz unterschiedlicher Energiequellen. Das wird im Energiebereich das große Thema sein. Natürlich hat das Auswirkungen auf die Gebäude. Die Zukunft wird sein, dass Gebäude Energie in die Stromnetze einspeisen werden.

Schauen Sie in den Bereich Smart-Homes: Komfort, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Flexibilität, Sensor-Applications in Netzwerken, Maschinen, die mit Maschinen kommunizieren und sensible Funkchips. Auch das ist etwas, was Sie beobachten können.

Individualisierung durch interaktive persönliche Medien – das ist der Ansatz, der vor allen Dingen in einer älter werdenden Gesellschaft eine gewaltige Rolle spielt. Packen wir das alles zusammen: In der Stadtplanung geht es nach meiner Meinung unter den neuen Gesichtspunkten einer Netzwerkgesellschaft darum, den Wert einer Planung ganz eng zu ziehen und gleichzeitig eine Medienleistung zu erbringen, die Sie bisher eher delegiert haben. Die Diskussionen mit den Betroffenen, der Austausch, das Feedback – das ist etwas, was eigentlich alle erfreuen sollte.

Dimension der Zukunft

Ökonomische Folgen des Klimawandels



Prof. Dr. Claudia Kemfert
Hertie School of Governance
Berlin, DIW Berlin

Die heutige Gesellschaft steht wie keine andere vor ihr vor großen Herausforderungen. Fossile Ressourcen wie Öl, Gas und Kohle sind endlich und verursachen beim Verbrennen klimagefährliche Treibhausgase. Dabei werden etwa drei Viertel der weltweiten Treibhausgase von den Industriestaaten wie USA, Europa und Japan verursacht. Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre hat schon heute fast das Niveau erreicht, welches nicht überschritten werden sollte, um das Klima irreversibel zu schädigen.

Um den Klimawandel einzudämmen, müssen die modernen, entwickelten Volkswirtschaften es schaffen, die Klimagase drastisch zu vermindern und zudem fossile Energien durch alternative Energien zu ersetzen. Weltweit steigt die Nachfrage nach fossilen Ressourcen weiter drastisch an. Stark wachsende Volkswirtschaften wie China, aber auch Russland und Indien haben einen enormen Energiehunger. Insbesondere der immer weiter steigende Kohleverbrauch lässt die Treibhausgase unaufhaltsam ansteigen. Dabei wird nicht selten der Verbrauch fossiler Energie subventioniert, was zu einer Verschwendug von Energie führt.

Fossile Energien allen voran Öl werden knapper und teurer. Denn Öl ist und bleibt endlich. Und die Zeit des ausreichenden Ölangebots schwindet. Die boomenden und besonders stark wachsenden Volkswirtschaften haben einen enormen Energiehunger. Wir müssten somit das globale Ölangebot deutlich ausweiten, um die Ölnachfrage überhaupt noch decken zu können. Eine Trendumkehr vorher ist so gut wie ausgeschlossen, da die Mobilitäts-technologien nahezu vollständig auf Öl basieren. Der größte Teil des global eingesetzten Öls wird für die Mobilität genutzt, gefolgt von Chemie und Gebäudeenergie sowie andere Nutzungen, wie beispielsweise für Pharmazie und andere Produktherstellungen. Um uns also spürbar weniger abhängig vom Öl zu machen, müssten wir vor allem so rasch wie möglich andere Antriebstechniken und -stoffe in der Mobilität einsetzen. Zudem müssten wir global die

Gebäude besser dämmen, insbesondere in den USA aber auch in Russland oder in Schwellenländern wird sehr viel Energie durch schlechte Gebäudeisolation verschwendet. Den Städten kommt somit eine bedeutsame Rolle zu: Sie müssen sich einerseits auf den Klimawandel einstellen, sich anpassen. Nicht nur Temperaturen ändern sich, sondern extreme Klimaereignisse werden zunehmen. In Deutschland wird man den Städtebau auf extreme Hitze vorbereiten müssen, Gebäude müssen im Sommer Kühlungsenergie und im Winter Wärme hervorbringen. Die kluge Energieversorgung von Gebäuden umfasst einerseits eine ausreichende Isolierung, andererseits werden Gebäude in der Zukunft mehr Energie produzieren als dass sie verbrauchen. Die leichtesten Energieeinsparpotenziale liegen neben denen im Mobilitätsbereich vor allem im Immobilienbereich, in der Gebäudehülle. Es könnte knapp ein Fünftel des Energiebedarfs von Immobilien allein dadurch eingespart werden, dass man die Gebäude mit effizienter Dämm- und Klimatechnik ausstatten würde. Es können enorme Energiekosten durch effektive Gebäudeenergieversorgung eingespart werden. Die produzierte Energie hingegen wird nicht nur für das Gebäude genutzt, sondern ebenso Batterien oder mit Energie füllen, die für die Mobilität genutzt werden wird.

Städte werden zum anderen auch die Aufgabe haben, Treibhausgase zu mindern, ohne Beeinträchtigungen bei Lebensqualität oder Mobilität hervorzubringen. Viele Städte in der Welt stellen sich aktiv dieser Aufgabe. Skandinavische Städte beispielsweise setzen sehr stark auf Klimaschutz, sie nutzen erneuerbare Energien, effektives Recycling und Abfall- bzw. Wasseraufbereitungsmethoden, stärken den öffentlichen Personenverkehr sowie Elektromobilität und erhöhen die Lebensqualität durch saubere Luft, verminderten Lärm und grüne Erholungsgebiete. Ein Greencity-Index vergleicht diese unterschiedlichen Komponenten in einzelnen europäischen Hauptstädten, wie Energieversorgung,

Verkehrssysteme, Abfallentsorgung, Luft- und Wasserqualität oder aber die Klimaschutzprogramme seitens der Regierungen. Die vorderen Plätze werden von skandinavischen Ländern belegt. Natürlich muss beachtet werden, dass die einzelnen Städte unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen haben, unterschiedliche geologische, wirtschaftliche Bedingungen, auch die Größe, gewachsene Struktur und Wohlstand spielen eine entscheidende Rolle. Berlin liegt im Gesamtvergleich zwar im oberen Mittelfeld und kann insbesondere durch sehr gute Gebäudeenergieeffizienz punkten, kann jedoch im Bereich Mobilität und Energieversorgung deutlich besser werden. Der Einsatz von Biomasse für die Strom und Wärmeerzeugung sowie der verstärkte Einsatz von Elektromobilität kann dieses Bild vermutlich etwas verbessern. Dennoch ist nach Stockholm nicht Berlin sondern nun Hamburg die Klimahauptstadt in Europa im Jahre 2011.

Hamburg hat einen umfassenden Klimaschutz- und Maßnahmenkatalog erstellt, hat sich zum Ziel gesetzt, die Emissionen um 40 % bis zum Jahre 2020 zu mindern und um 80 % bis zum Jahre 2050. Zudem hat es einen umfassenden Maßnahmenkatalog erstellt, welcher alle wesentlichen Bereiche umfasst: die Regierung Hamburgs unterstützt die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und will damit Vorbild sein, zudem wird die klimafreundliche Mobilität deutlich gestärkt. Wichtig ist zudem, auch die Forschung einzubeziehen und gezielte Information und Bildung über die Chancen des Klimaschutzes anzubieten.

Auch Berlin kann in Punkt Klimastadt einiges bieten. Durch den Verzicht auf den Bau eines Kohlekraftwerks und den Bau eines Biomassekraftwerks wird Berlin die CO₂-Bilanz deutlich verbessern können. Zudem wird durch den Einsatz von Elektromobilität die Attraktivität von Städten zunehmen aus zwei wesentlichen Gründen: Verminderung von Lärm und Verminderung von Emissionen und Feinstaub. Elektrofahrzeuge sind insbesondere für Ballungsräume besonders interessant. Sie sind gut zu koppeln mit dem herkömmlichen öffentlichen Personenverkehr, zudem fahren die Bürger in Städten und Ballungsräumen durchschnittlich nicht mehr als 20 Kilometer pro Tag.

Die Menschen nutzen Mobilität je nach Komfort, Lebensstil und Praktikabilität. Aber es ändert sich viel, Benzin wird teurer, junge Menschen haben einen weniger starken Bezug zum Auto und Ballungsräume

bieten attraktive Angebote. In der Zukunft werden zwei Drittel der Menschheit in Ballungsräumen mit mehr als eine Million Einwohner leben. In Ballungsräumen der Zukunft werden keine Autos gekauft, sondern Mobilitätsdienstleistungen wie beispielsweise das „Car to Go“. Eine wichtige Ausgangsvoraussetzung für die nachhaltige Mobilität ist ein gut entwickeltes ÖPNV-Netz. Wichtig ist zudem, dass man die unterschiedlichen Verkehrsformen besser miteinander verzahnt und auf mehr Nachhaltigkeit ausrichtet. Car- oder Bike-Sharing Modelle sind ebenso wichtig wie die gute Verzahnung und der Einsatz von klimaschonenden und nachhaltigen Antriebstechniken. Die Elektromobilität bietet sich gerade für Kurzstrecken an, weil die Batterietechnik bisher noch nicht für lange Strecken ausgelegt ist. Elektrofahrzeuge verursachen weder Feinstaub noch Lärm und erfüllen somit insbesondere in Ballungsräumen die Anforderungen an nachhaltiger und klimaschonende Mobilität. Da ist das multimodale System durchaus sinnvoll, aber es muss auch praktikabel sein. Auch der Radverkehr spielt eine große Rolle, sofern die Radwege richtig ausgebaut werden und vor allem sicher sind und nicht in Konkurrenz zum Autoverkehr stehen. Die Sicherheit und der Komfort müssen gewährleistet sein. Es muss attraktive Angebote geben wie etwa ein Fahrrad-Sharing oder ein Mietssystem für Fahrräder.

Die Liste an Chancen und Möglichkeiten für die Städte von morgen ist somit lang. Der Klimawandel wird ungebremst forschreiten, daher müssen sich auch die Städte darauf vorbereiten. Global mögen sich die Weltnationen kaum auf ein verbindliches Klimaschutzabkommen einigen. Daher ist es umso wichtiger, dass jeder Einzelne, jeder Bürger, jede Stadt und Kommune frühzeitig beginnt und die Chancen des Klimaschutzes gezielt ausnutzt: angefangen von Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden, der Förderung des ÖPNV oder von CO₂ freien Innenstädten, z.B. durch Elektromobilität, Förderung von Pilotprogrammen zum Ausbau erneuerbarer Energien, Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen bis hin zur Verbesserung der Informationen, Bildung, Ausbildung von Entscheidungsträgern und Beratern. Da kann man nur allen Städten und Kommunen ans Herz legen: Wir benötigen nicht nur innovative Technologien, sondern auch innovative Politik und eine mutige und innovative Wirtschaftsförderung.

Zukunftsaugaben in unseren Städten

Podium – Zusammenfassung von Dr. Robert Fischer

Prof. Dr. Dietrich Henckel
TU Berlin, Institut für
Stadt- und Regionalplanung

Prof. Dr. Claudia Kemfert
DIW Berlin, Abteilung
Energie, Verkehr, Umwelt

Prof. Peter Wippermann
Folkwang Universität Essen,
Fachbereich
Kommunikationsdesign

Martin zur Nedden
Bürgermeister Leipzig

Carolin Schröder
TU Berlin

Moderation:
Dr. Matthias Alexander
Frankfurter Allgemeine
Zeitung

In der ersten Gesprächsrunde des Hochschultages wurden die vorangegangenen Vorträge reflektiert und Fragen für die Tagung und insbesondere die Werkstätten am Nachmittag entwickelt. Unter der weit gefassten Überschrift der Zukunftsaugaben in unseren Städten waren es vor allem die folgenden Themen, die auf dem Podium angesprochen wurden.

Partizipation

Ausgehend vom Referat von Dr. Hassemer am Vorabend und unter dem noch gegenwärtigen Eindruck der gewaltsamen Auseinandersetzungen um das Projekt „Stuttgart 21“ im Herbst 2010 wurde der Frage der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Planung ein hoher Stellenwert gegeben. Die Diskussionsrunde beschäftigte sich auch mit der Bedeutung von Sprache: Es ist offensichtlich, dass in den Sphären der Politik und der Wissenschaft ganz unterschiedliche Fachsprachen und Sprachkulturen gepflegt werden, die die gemeinsame Kommunikation

sehr behindern können und außerdem beide von einer allgemein verständlichen Sprache weit entfernt sind, die zur Beteiligung von bestimmten sozialen Gruppen – oder der Bürgerinnen und Bürger ganz allgemein – notwendig wäre. Um eine „partizipationsfähige“ Sprache zu erreichen, ist es wichtig, unterstützende Medien optimal einzusetzen und die eigene Verständlichkeit immer wieder kritisch zu überprüfen.

Zu aktuellen Fragen formieren sich gerade in letzter Zeit engagierte Bürgerinnen und Bürger in bemerkenswert professioneller Weise, unterstützt von den internetbasierten Kommunikationsmöglichkeiten. Diese „Ad-hoc-Beteiligung“ passt selten zu den Arbeitsabläufen bzw. Projektlaufzeiten der Stadtentwicklung. Dies hängt zusammen mit den langen Wirkungszeiträumen und Persistenz gebauter Strukturen. Eine Zukunftsaugabe kann also in dem Versuch beschrieben werden, Menschen auch für die Beteiligung an langfristigen Vorhaben zu motivieren und Menschen frühzeitig und nicht erst bei „Baubeginn“ zu mobilisieren.





Klimaschutz

Die Frage des Klimaschutzes ist eine weitere Zukunftsaufgabe, die nach dem Vortrag von Prof. Dr. Kemfert in dieser Podiumsrunde vertieft wurde.

Interessant zu beobachten ist, dass das Thema zu Zeiten der Umweltbewegung zunächst von den Bürgern bzw. der Zivilgesellschaft in die Diskussion gebracht wurde, dann von der Politik auf allen Ebenen – von kommunal bis international – aufgegriffen wurde und heute nun in der Wirtschaft am intensivsten betrieben und entwickelt wird, weil inzwischen auch die ökonomischen Dimensionen offensichtlich geworden sind. Klimaschutz ist in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung der Stadtentwicklung, insbesondere ist an die energieeffiziente Umgestaltung des Gebäudebestands und der Verkehrssysteme, an den Umbau bzw. Ausbau der Infrastruktur zur Energieversorgung zu denken.

Neue Medien

Auch das Thema neue Medien ist als Zukunftsaufgabe unserer Städte anzusprechen. Dabei bedeuten neue Medien weit mehr als eine rein technische Modernisierung, sie stellen die neue Infrastruktur des Informationszeitalters dar mit tief greifenden Auswirkungen auf alle Lebensbereiche.

Neue Medien wirken damit indirekt auf die Stadtentwicklung ein, weil sie die Formen unseres Arbeitens, Konsums und Freizeitverhaltens ändern. Zum anderen sind sie direkt mit der Frage der Partizipation verknüpft. Das heutige Internet bietet unter dem Schlagwort „Web 2.0“ eine Fülle von Interaktionsmöglichkeiten an, wie sie Facebook, Twitter und andere als „soziale Netzwerke“ bezeichnete Online-Angebote nutzen. Diese

Dienste könnten als Werkzeuge der Partizipation verwendet werden, um bestimmten Zielgruppen Informationen und Diskussionsplattformen zu Stadtentwicklungsprojekten bereitzustellen.

Eine weitere, erst beginnende Entwicklung geht in die gleiche Richtung: Daten- und Informationsbestände, für die es ein allgemeines Interesse gibt, werden heute zunehmend aus geschützten Bereichen hinaus in frei zugängliche Bereiche eines dezentralen Internets verlagert – was unter den Stichworten „Open Data“ und „Cloud Computing“ längst in der öffentlichen Diskussion ist. Dies bedeutet neben allen wirtschaftlichen und juristischen Konsequenzen vor allem einen kulturellen Wandel, der auch die Partizipation an Politik und Stadtentwicklung auf eine ganz neue Basis stellen würde.

Erschwerende Bedingungen – besondere Herausforderungen

Abschließend kann nach dem Podium als zusammenfassende Zukunftsaufgabe in unseren Städten formuliert werden, Strukturen zu gestalten, die als Rahmen für die Entwicklung unterschiedlicher Prozesse und Entfaltung von Individuen geeignet und offen sind. Diese Herausforderung ist deshalb so gewaltig, weil sie unter den Bedingungen eines dynamischen Strukturwandels erfolgt. Die Wissenschaft kann hier forschend und beratend wertvolle Beiträge liefern, von der Grundlagenforschung bis hin zum Vergleich und Vermittlung von Best-Practice-Erfahrungen. Stadtentwicklung ist angesichts der gegenwärtigen Komplexitätssteigerung und abnehmenden Prognostizierbarkeit immer nur unter der Bedingung unvollständiger Information vorstellbar, umso wichtiger ist es, dass eine Verständigung aller beteiligten Sphären, wie der Politik, Praxis, Wissenschaft, Wirtschaft und nicht zuletzt der Zivilgesellschaft von allen optimal gestaltet wird.

Technologie und Klimawandel

Umgang mit Aufgaben der Zukunft in Wissenschaft und Praxis – Kurzbericht zur Werkstatt A
Zusammenfassung von Prof. Dr. Gerhard Steinebach und Dr. Martin Rumberg

Stefan Reiß-Schmidt
Stadtdirektor der Landeshauptstadt München

Antonio Wehnl
Luwoge Consult

Dr. Simon Burger
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Prof. Matthias Koziol
BTU Cottbus

Dr. Natalie Essig
TU München

Tim Bialucha
TU Darmstadt

Moderation:
Prof. Dr. Gerhard Steinebach
TU Kaiserslautern

Technologie und Klimawandel – das ausgesprochen breite Themenfeld der Werkstatt machte es zunächst notwendig, die unterschiedlichen Sichtweisen, disziplinären Schwerpunkte und strategischen Ansätze der Auseinandersetzung mit diesen Aspekten der Stadtentwicklung zu klären. Die in der Werkstatt vertretenen Expert/innen aus kommunaler Praxis, Forschung und Verbänden widmeten sich zunächst dieser Sondierung und Schwerpunktsetzung. Es wurde deutlich, dass im Spannungsfeld von Mitigation und Adaption sehr vielfältige Strategien zur Begrenzung und Bewältigung des Klimawandels auf Gebäude-, Quartiers- und Gesamtstadtebene diskutiert werden, die beim Wärmeenergiebedarf von Gebäuden beginnen, den großen Bereich der Anpassung technischer Infrastrukturen an veränderte Klimabedingungen (wie intensivierte Starkregen- und Starkwindereignisse), aber auch grundlegende Aspekte der Stadt- und Verkehrsentwicklung wie

die Umsetzung der urbanen (Elektro-)Mobilität und die Kompaktheit der Siedlungsstrukturen umfassen. In diesem Zusammenhang wurde am Beispiel des Münchener Klimaschutzprogramms auch die besondere Bedeutung integrierter Gesamtstrategien deutlich, die zugleich die kommunalen Handlungsspielräume im Blick behalten. Dies gilt vor allem auch für die kleinen und mittleren Gemeinden mit ihren spezifischen Einschränkungen in der Verwaltungskapazität und dem daraus resultierenden vermehrten Erfordernis interkommunaler Kooperation als Grundvoraussetzung klimagerechter Stadtentwicklung. Die Diskussion fokussierte sich dann auf die Rolle der Forschung als Quelle abgesicherter fachlicher Erkenntnisse, als Impulsgeber für die Praxis und als Evaluationspartner und Begleiter von Modellprojekten. Ausgangspunkt war hier einerseits die Fragestellung, ob und wie weit die unter dem Stichwort „klimagerechte Stadtentwicklung“



verfolgten Konzepte und Strategien am Forschungsstand der einzelnen Fachdisziplinen orientiert sind und ob sie – aus Sicht der Forschung – zur Lösung evidenter Probleme des Klimawandels beitragen. Andererseits wurde diskutiert, ob die Forschung zu den Folgen des Klimawandels und ihrer Bewältigung auf die Anforderungen, Handlungspotentiale und Zeithorizonte der kommunalen Planung angemessen reagiert oder weitgehend losgelöst von diesen „Mühen der Praxis“ arbeitet und Grundlagenerkenntnisse produziert.

Es zeigte sich, dass diese Diskussion stark abgeschichtet werden muss. Die auf dem Podium vertretenen Praktiker und Forscher waren sich einig darüber, dass die vorhandenen Erkenntnisse zu den konkreten Auswirkungen des Klimawandels auf kleinräumige Stadtstrukturen nach aktuellem Erkenntnisstand im Grunde keine spezifischen Adoptionsstrategien aufzeigen, sondern es – zum Beispiel im Hinblick auf die Anpassung an Starkregenereignisse und Hitzewellen – derzeit eher auf die konsequente Anwendung klassischer Strategien guter städtebaulicher Praxis ankommt. Auch bei den Mitigationsstrategien zeigt sich eine große Bedeutung eher

etablierter, auch im Hinblick auf Stadtentwicklungsziele jenseits des Klimawandels sinnvoller „policies of no regret“ mit breitem fachlichem Ansatz. Genannt wurden unter anderem das Konzept der Stadt der kurzen Wege und anderer Ansätze verkehrs- und energiesparender Stadtentwicklung, die auch zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen beitragen. Die Diskussion – auch im Plenum – schloss mit einer Runde, die sich nach dem Herausarbeiten besonders interessanter und praxisrelevanter Forschungsfragen sowie weitergehender Kooperationspotenziale zwischen Praxis und Forschung auch der Frage zuwandte, in welcher Form der Klimawandel in die Hochschullehre und auch in die berufliche Weiterbildung im Bereich der Stadt- und Regionalplanung, aber auch der Architektur, einbezogen werden kann. Hier zeigte sich, dass in einigen Hochschulen meist im Bereich von Studienprojekten besonders die Adoptionsstrategien – genannt wurden hier Projekte zur Reaktion auf Starkregenereignisse und Überwärmung im urbanen Raum – bereits aktiv behandelt werden, dass aber aufgrund des Querschnittscharakters der Fragestellungen hier noch Nachholbedarf besteht.



Demographischer und sozialer Wandel und Integration

Umgang mit Aufgaben der Zukunft in Wissenschaft und Praxis – Kurzbericht zur Werkstatt B

Zusammenfassung von Elke Becker

Elke Becker

TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung,
FG Planungstheorie

Dr. Ralf Bleicher

Deutscher Landkreistag,
Berlin

Staatssekretärin

Maria Krautzberger

Bundeshauptstadt Berlin,
Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung

Ulrich Pfeiffer

empirica ag Forschung und
Beratung, Berlin

Carola Scholz

Ministerium für Bauen und
Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Moderation:

Dr. Ulrich Hatzfeld
Bundesministerium
für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung, Berlin

Problem Problemdefinition?

Zu der Frage welche Probleme eigentlich einer wissenschaftlichen Betrachtung, Vertiefung oder gar Lösung bedürfen gibt es unterschiedliche Auffassungen. Vielfach wird ein praxisfernes und willkürliches Handeln der Forscher in Hochschulen wahrgenommen. Seitens der Hochschulen wird bereits in der ersten Input-Runde darauf verwiesen, dass die Problemerfassung eigentlich nur im Austausch und Dialog mit der Praxis erfolgen kann: Als Praktiker ist man erfahrungsgemäß oftmals zu verstrickt im Tagesgeschäft und damit auch in die Problemstellung, um das eigene Handeln zu reflektieren. An der Universität ist man hingegen zu weit davon entfernt die tatsächlichen und alltäglichen Probleme zu erkennen, die einer wissenschaftlichen Betrachtung bedürfen.

Einen Raum in der Diskussion nimmt die Frage ein, wie überhaupt zu erforschende Themen entstehen. Seitens der Hochschulen wird auf das Privileg verwiesen, dort zu forschen, wo es einen persönlichen Interessenschwerpunkt gibt – und nicht unbedingt, wo es womöglich Not tut.

Offene Fragen:

- Wer definiert überhaupt Forschungsbedarfe?
- Was sind die Formate, um zu einer gemeinsamen Problemdefinition zu gelangen?
- Wie lassen sich individuelle Forschungsinteressen nutzbar machen?

Problem Hochschule?

Liegen die Probleme also allein bei der Handlungslogik der Hochschulen? Ist es so, dass sie grundsätzlich zu praxisfern agieren? Als bewährte partnerschaftliche forschende Institutionen für Politik und Verwaltung werden das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) oder Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) genannt, weil sie Sachverhalte umfassender angehen als manche Planungsfakultät.

Wahrgenommenen wird, dass Hochschulen zwar gut im Beschreiben von Problemen sind, aber nicht wirklich zur Lösung beitragen. Hinzu kommt, dass Hochschulen eigentlich nicht darauf vorbereitet scheinen, sich nach außen zu öffnen, Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren – oder gar mit ihr zu diskutieren.

Offene Fragen:

- Woran liegt es, dass sich Hochschulen bei der praxisnahen Forschung schwer tun?
- Wie kann es gelingen, dass sich Hochschulen mehr ihrem unmittelbaren Umfeld und der Öffentlichkeit öffnen?
- Ist die Rolle der Hochschulen bei der Problemdefinition und Problemlösung unterschiedlich einzuordnen?

Dialog als Lösung?

Trotz kritischer Töne gegenüber der Hochschullandschaft wird der Dialog zwischen Wissenschaftlern und Praktikern als Lösungsansatz gesehen. Dabei kritisieren die Vertreter der Hochschulen, dass es – insbesondere in der politischen – Praxis ein Defizit beim Zuhören gibt. Es ist nicht so, dass die Politik beispielsweise von Demografie oder Leerstand überrascht wurde, es war und ist nur nicht angenehm, solche Themen laut zu kommunizieren. Dabei ist man dankbar, wenn ein (negatives) Ergebnis oder eine Entwicklung durch die Wissenschaft verkündet werden kann und die Politik nicht selber der Übermittler schlechter Nachrichten sein muss.

Ein Dialog scheint auch über die Problemdefinition hinaus erforderlich. So führt eine Problemlösung am Ort A oftmals zu einem neuen Problem am Ort B. Dieses Dilemma wird in der Wissenschaft kaum thematisiert. Wissenschaft sollte also nicht im Best-Case-Bereich enden, sondern im Dialog mit lokalen Akteuren auch die Konsequenzen außerhalb dieser Bereiche im Blick haben.



Offene Fragen:

- Welche Formate des Dialogs braucht es über den Hochschultag hinaus – Datenbanken, Marktplätze oder andere?
- Ist ein verbesserter Dialog Wunschdenken oder tatsächlich die Lösung?
- Ist auf beiden Seiten womöglich nicht der Adressat, sondern der Empfänger das Problem (Problemwahrnehmung bei den Hochschulen / politische Problemakzeptanz)?

Braucht die Wissenschaft die Praxis oder die Praxis die Wissenschaft?

Es wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht zu voraussetzungsvoll ist, davon auszugehen, dass Wissenschaft und Praxis einander brauchen. Seitens der Hochschulen wird der Bedarf, wenn nicht gar die Notwendigkeit, betont einen Austausch zur Praxis zu pflegen. So sind Grundlagenforschung oder internationale Journals ein Baustein der Arbeit, die andere Seite ist die Ausbildung junger Menschen und deren Vorbereitung auf die Herausforderungen, die sie nach dem Studium erwarten. Auf diese Herausforderungen kann man aber nur

vorbereiten, wenn man sie kennt – und hierfür braucht es einen stetigen Austausch.

Ein unbestritten geeignetes Instrument hierfür sind die studentischen Projekte. Seitens der Hochschulen wird sich – bei aller Überlastung – auch mehr Bereitschaft der Verwaltungen gewünscht, das eigene Wissen und etwas Zeit zur Verfügung zu stellen. Ein anderes Instrument wird im Plenum vorgestellt: in Cottbus bemüht man sich um ein Netzwerk Hochschule und kommunale Praxis. Durch ein begleitetes Praktikum, insbesondere in kleineren Verwaltungen, sollen die Gemeinden, einen Input von außen zu Themen wie Schrumpfung, Demografie oder Beteiligung bekommen.

Offene Fragen:

- Braucht die Wissenschaft die Praxis womöglich mehr als umgekehrt?
- Wie kann es gelingen, die aktuellen Themen, Erfahrungen und Tendenzen in die Lehre einzubinden?
- Was braucht letztlich die Praxis von der Wissenschaft?

Ökonomie

Umgang mit Aufgaben der Zukunft in Wissenschaft und Praxis – Kurzbericht zur Werkstatt C Zusammenfassung von Dr. Robert Fischer

Prof. Dr. Klaus Beckmann
Deutsches Institut
für Urbanistik

Britta Hüttenhain
Universität Stuttgart

Prof. Dr. Eberhard von Einem
Hochschule für Technik und
Wirtschaft Berlin

Prof. Dr. Martin
Junkernheinrich
TU Kaiserslautern

Konrad Seigfried
Erster Bürgermeister
Ludwigsburg

Dr. August Ortmeyer
Deutscher Industrie- und
Handelskammertag

Moderation:
Dr. Oliver Weigel
Bundesministerium
für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Die Stadt hat natürlich seit jeher eine ökonomische Funktion als Markt und als Standort wirtschaftlicher Tätigkeit. Auffällig ist jedoch, wie gering die Kooperation zwischen der Wirtschaft und der Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung auch heute noch ausgeprägt ist: Es fehlt an gegenseitigem Wissen über Abläufe, Arbeitsbedingungen, Interessen und Zeithorizonte im jeweils anderen Arbeitsbereich. Diese Defizite fallen mitunter als „blinde Flecken“ in der gebauten Stadt deutlich und störend auf.

Die ökonomische Perspektive der Stadtentwicklung und der Stadtentwicklungspolitik zeigt sich im zunehmenden Wettbewerb, in dem unsere Städte stehen. Sie konkurrieren nicht mehr nur um Unternehmen, sondern inzwischen auch um Einwohner, insbesondere um qualifizierte junge Menschen.

In den letzten Jahren zieht die Kreativwirtschaft besondere Aufmerksamkeit auf sich. Hier wird ein besonders viel versprechender positiver Effekt auf die Stadtentwicklung gesehen – ein Thema, das gerade auch von Seiten der Universitäten stark beforscht wird. Dabei zeigt sich, dass schon die verschiedenen Verwendungen des Begriffs offen lassen, ob damit eine sehr kleine Elite extrem progressiver

Pioniere gemeint ist, oder (nach Richard Florida) doch ein relativ großer Anteil der Erwerbstätigen, die im weitesten Sinne innovativ tätig sind.

Ein Beispiel für die Verbindung der Kommunen und der Wirtschaft als Akteure der Stadtentwicklung stellt das etablierte und bewährte Instrument der Public-Private Partnership dar. Weit darüber hinaus gibt es jedoch eine Vielzahl von neuen Überschneidungsbereichen beider Sphären, die in dieser Werkstatt diskutiert wurden.

Die Hochschulen könnten eine Scharnierfunktion zwischen Hochschulen und Wirtschaft übernehmen. Eine Aufgabe könnte es dabei sein, die ökonomischen Konsequenzen von Planung früh zu bedenken und zu prognostizieren.

Bisher – so eine Einschätzung aus dem Mittelbau – findet zwar bereits Wissensproduktion zu aktuellen Themen statt, oft fehlt es aber an Zeit und Mitteln, dies an die Praxis in entsprechend aufbereiteter Weise zurückzugeben. Auch stoßen Arbeitsergebnisse aus der Universität manchmal auf Vorbehalte, da sie von Seiten der Stadtplanung, der Wirtschaft oder anderer Adressaten als nicht ausreichend realisierbar eingeschätzt werden.





Außerdem bestehen offensichtlich grundsätzliche Schwierigkeiten der interdisziplinären Erforschung des Zusammenspiels von Ökonomie und Stadtplanung, wobei die Komplexität des Forschungsgegenstands eigentlich noch die Beteiligung vieler weiterer Disziplinen nötig macht. Auf Seiten der Wissenschaft wird hier das Problem gesehen, dass für derartige interdisziplinäre Forschung nur schwer Aufmerksamkeit, Unterstützung bzw. Förderung gewonnen werden können.

Untersuchungs- und Tätigkeitsfelder der Wissenschaft könnten insbesondere die angesprochene globale Konkurrenz der Metropolen sein. Weitere Fragestellungen wären die regionale Diffusion von Wissen, also die Frage wie weit kleinere Nachbarn von erfolgreichen „Hot Spots“ profitieren sowie Umgang mit Infrastruktur-Großprojekten und deren Akzeptanz.

In der sehr offenen und selbstkritischen Diskussion wurden weiterhin grundlegende Probleme angesprochen: So vor allem das eingangs angesprochene Wissensdefizit über die Arbeitsbedingungen der jeweils anderen Sphäre. Auch die wissenschaftliche Stadtforschung erscheint manchmal heute auf einem Stand zu sein wie die Medizin vor hundert Jahren, die rein auf beschränkte Erfahrungen beruhend und unsicher im Umgang mit Komplexität agiert. Diese Defizite sind als wichtige Aufgabe der akademischen Fort- und Weiterbildung zu sehen.

Als lokales Beispiel wurde im Werkstattgespräch die Stadt Ludwigsburg als prosperierende Stadtregion vorgestellt. Dort besteht seit 2004 ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das von einem ständigen Dialog mit den Akteuren getragen wird. Der laufende Dialogprozess ist in elf

Themenfelder und mit Stadtteilkonferenzen organisiert. Insgesamt werden dort ökonomische Themen als sehr wichtig eingestuft, wobei jedoch der Gewerbesteuerhebesatz nicht als die wichtigste bzw. einzige Stellschraube gilt.

Bei der umfassenden Frage, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sich Wirtschaft vor Ort wohlfühlt, werden so unterschiedliche Gruppen betrachtet wie der Mittelstand, traditionelles Handwerk, lokale Ökonomien und ansässige Global Player. Diese Mischung unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche, insbesondere innovativer und klassischer Branchen wird nicht nur in Ludwigsburg als krisensicher und erfolgreich gesehen. Die Chancen, sich als attraktiver Wirtschaftsstandort zu präsentieren, können unter anderem auch verbessert werden durch Etablierung und Stärkung von innovativen Clustern, hier zum Beispiel in den Bereichen E-Mobilität, regenerative Energien und Aufbau eines Film- und Medienzentrums.

Während des Werkstatt-Gesprächs wurde kritisiert, dass die Sicht der Ökonomie häufig stark auf die jeweiligen partikularen Interessen beschränkt bleibt. Erstaunlicherweise wird über die Immobilienwirtschaft – so auch in dieser Runde – bisher kaum diskutiert, obwohl es sich hier um eine Branche handelt, die schon durch ihre Geschäftstätigkeit unmittelbar auf Stadtentwicklung Einfluss nimmt. Auch das Stichwort soziales Unternehmertum wird in der Stadtentwicklung bislang kaum beachtet, obwohl sich auch in Deutschland immer mehr Unternehmen als „Corporate Citizen“ aktiv und verantwortlich an Aufgaben der Stadtentwicklung beteiligen.

Die Rolle der Unternehmen als Akteure der Stadtentwicklung neu zu formulieren stellt sicher ein breites Feld dar, sowohl für Politik als auch für die Forschung.

Kultur und Lebensumwelt

Umgang mit Aufgaben der Zukunft in Wissenschaft und Praxis – Kurzbericht zur Werkstatt D

Zusammenfassung von Prof. Dr. Jürg Sulzer

Dr. Marta Doehler-Behzadi
BMVBS

Prof. Christa Reicher
Uni Dortmund

Prof. Stefanie Bürkle
TU Berlin

Stefan Hilterhaus
PACT Zollverein Essen

Gunnar Rönsch
wissenschaftlicher
Mitarbeiter TU Dresden

Moderation
Prof. Dr. Jürg Sulzer
Stiftungsprofessur Stadt-
umbau und Stadtforschung
TU Dresden Fakultät
Architektur,
Görlitz Kompetenzzentrum
Revitalisierender Städtebau

1. Einleitung

Jeder von uns hat Bilder zu einem bestimmten Thema im Kopf. Vielleicht sollten wir bei so vielfältigen Fragen, die sich aus dem Umgang mit Kultur und Lebensumwelt ergeben, den Versuch unternehmen, einen Perspektivwechsel vorzunehmen:

Perspektivwechsel 1 – Vision: Einflüsse von Kultur und Qualität der Lebensumwelt auf die zukünftige Entwicklung der Stadt.

Stichworte: Ausgetretene Pfade verlassen; Lebensumwelt für die Bürger gestalten; der Offenheit der Globalisierung mit „Raumgeborgenheit“ in den Lebensumwelten begegnen; das Toleranzprinzip im Diskurs besonders hoch halten; den Umgang mit dem kulturellen Erbe der europäischen Stadt behutsam gestalten.

Perspektivwechsel 2 – Interdisziplinäre Sicht: Strategiegemeinschaften bilden und interdisziplinäre Zusammenarbeit pflegen.

Stichworte: Lernbereitschaft aus unterschiedlicher Sicht und „anderen“ Werten pflegen; fehlerfreundliches Handeln und Entscheiden gestalten; Authentizität und Ehrlichkeit praktizieren; schrittweise die Städte gestalten statt „Jahrhundertprojekte“ anstreben; gegenseitiges Annähern in der Argumentation anstreben und anstelle des „Entweder – oder“; interdisziplinäre Zusammenarbeit lebt von dem „Sowohl – als – auch“.

Perspektivwechsel 3 – Wir machen uns auf den Weg: Auf dem Weg zur Dialogfähigkeit in Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Stichworte: Bürger als Experten anerkennen; Bürger abholen und Wissen in Stufen vermitteln; Lernbereitschaft praktizieren anstelle von autistischen Strategien über die „Köpfe hinweg“ verbreiten; Praxisorientierung üben statt mit maximaler Abstraktion argumentieren sowie über den Tag hinaus denken und heute handeln.

2. Visionen, Masterpläne, künstlerische Beiträge

Die Diskussion spannt sich auf zwischen umfassender Zukunftsgestaltung der Städte und der konkreten Mitverantwortung gegenüber den Bürgern und Laien. Es wäre in der aktuellen Situation angemessen, etwas bescheidenere Ansprüche an die Gestaltung unserer Lebensumwelt zu formulieren. Stadtplanung und Stadtentwicklung müssten zum Alltagsgespräch, zum Stadtgespräch gemacht werden. Dabei sollte in den Alltagsgesprächen Stadtplanung wieder zu einem wichtigen Gegenstand werden und ein Beitrag der Hochschulen könnte darin gesehen werden, dass sie nicht nur Ringvorlesungen veranstalten sondern spezielle, „über die Zeit hinweg“ organisierte Diskussionsforen entwickeln, die auch Visionen und dem Ort angemessene Masterpläne zur Stadtentwicklung thematisieren.

Erschwerend kommt heute hinzu, dass wir mit der klassischen Stadtplanung die anstehenden Probleme der Städte nicht mehr lösen können. Die herkömmlichen Planungsinstrumente werden allerdings unter ganz anderen Vorzeichen benötigt als sie zur Beseitigung der Nachkriegswohnungsnot oder zum Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte geschaffen wurden.

Genau deshalb werden heute immer intensiver sog. Masterpläne für die generelle Weiterentwicklung der Städte geschaffen. Sie sollen räumliche Bilder der Zukunft darlegen, wie sie oft von internationalen Stararchitekten für einzelne Städte und Stadtregionen entworfen werden. Ob mit derartigen Masterplänen eine stadtgerechte Gestaltung der Städte vorangebracht werden kann, müsste sich erst noch erweisen. Masterpläne sind eher antiquiert. Stattdessen werden immer mehr sog. „Akupunkturen“ benötigt, Interventionen in kleinen Schritten, die besonderer Instrumente bedürfen. In jedem Fall braucht es die Moderation, um die sog. „Bipolarität“ aufzulösen. Es werden Bilder zur Zukunftsentwicklung benötigt aber eben auch



nachhaltige Strategien, mit denen die Bürger zu begeistern wären an der Zukunftsgestaltung der Städte mitzuwirken. Gleichzeitig müssen wir offen sein für Ideen und Maßstäbe anderer Disziplinen.

Die städtischen Lebensumwelten sollten vielleicht als „unterschiedliche Lebensinseln“ gesehen werden. Es gibt dann klar definierte Inseln und Setzungen in der Stadt. Eine solche Setzung ist z.B. das vielfältig nutzbare Gebäude der School of Management and Design der japanischen Architekten SANAA, das sich als Beton-Glas-Körper völlig anders verhält als die umgebende Backsteinromantik der Zeche Zollverein. Derartige Inseln befeuern visionäre Kräfte, die es zu nutzen gilt.

Dem stehen im Umgang mit städtischer Lebensumwelt ganz alltägliche Veränderungen gegenüber, wenn z.B. große Brachareale in kleinteilige Reihenhausiedlungen umgewandelt werden und dann zu einer „verlorenen Stadt“ (anstelle eines urbanen Stadtbausteins) führen. Dies zeigt, dass die Stadtplanung wieder die politische Kraft erlangen müsste, nicht nur private Investorenwünsche zu erfüllen sondern die öffentlichen und privaten Interessen umfassend zu gewichten.

3. Interdisziplinäre Sicht

Am Beispiel des Berliner Planwerk Innenstadt hat eine am Forum teilnehmende Berliner Gruppe die Frage nach der Qualität der Stadträume untersucht. Sie stellen dabei fest, dass es nicht sein kann, dass unsere Disziplinen sich immer nur auf die Partizipation zurückziehen. Weit wichtiger ist es, (trotz Stuttgart 21-Schock) eine klare Haltung einzunehmen, wie Stadträume zu gestalten sind. Dabei geht es auch um Orte, die (noch) keine Identität besitzen (z.B. städtische Ausfallstraßen), die es in einem breiten Diskurs unter verschiedenen

Disziplinen zu gestalten gilt. Es braucht die unterschiedliche Sicht der Disziplinen, aber eben auch partizipative Prozesse. Eine interdisziplinär ausgerichtete Stadtgestaltung müsste als politisches Instrument zur Durchsetzung der Ziele entwickelt werden. Das Bild einer zukunfts-fähigen Stadt hängt nicht so sehr von der Art der Partizipation sondern von der integrierenden Gestaltung der Stadt ab. Diese schließt alle Kriterien einer umfassenden Planung mit ein, inklusive Klima und Energiefragen.

4. Fazit: Auf dem Weg zum fächerübergreifenden Zuhören

Der Umgang mit Kultur und Lebensumwelt scheint so differenziert und vielschichtig zu sein wie die fachliche Herkunft der Teilnehmer des Forums. Immerhin besteht ein gewisser Konsens, dass es sowohl der Visionen, als auch Bilder über eine neue Stadtumbaukultur bedarf. Gleichzeitig müssen klare Instrumente und unterschiedliche Moderationswege zur Verfügung stehen. Allerdings bleibt es, wie zu erwarten war, eine offene Frage, wie die Qualität der Bilder, die wir über unsere Lebensumwelten generieren, tatsächlich zu gestalten ist. In jedem Fall sollten Toleranz, Authentizität und Offenheit des Handelns praktiziert werden, wenn es um zukunftsweisende, interdisziplinäre Zusammenarbeit geht. Auch wenn kein Konsens beispielsweise über die Gestaltung und Entwicklung der „europäischen Stadt“ möglich ist, sollten wir uns über die Qualität einer ganzheitlichen Betrachtung verständigen können. Eine „Kultur des fächerübergreifenden Zuhörens“ in der Gestaltung von kulturellen Lebensumwelten könnte zum Leitsatz werden. Dies wäre dann zumindest eine erste Form des Perspektivwechsels in unserer auf Schnelligkeit fokussierten Zeit.

Formulierung von Strategien und ihre Umsetzung in die Praxis

Podium – Zusammenfassung von Franz Pesch

Lex Faber
Bundesfachsratsrat

Dr. Ulrich Hatzfeld
Bundesministerium
für Verkehr, Bauen und
Stadtentwicklung

Ute Knippenberger
Ute Knippenberger
Karlsruher Institut
für Technologie (KIT)

Reiner Nagel
Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung, Berlin

Martin zur Nedden
Beigeordneter
der Stadt Leipzig

Prof. Rudolf Scheuvens
TU Wien

Moderation
Prof. Franz Pesch
Städtebau-Institut
der Universität Stuttgart

Zusammenfassung der Ergebnisse

Nach den parallelen Werkstätten des Hochschultags stand in der abschließenden Podiumsdiskussion die Frage im Mittelpunkt, ob und inwieweit neben der Grundlagen- und Auftragsforschung ein neues Format der Kooperation entwickelt werden könnte. Diskutiert wurden unter anderem folgende Fragen:

- Gibt es an den Hochschulen zwischen Politikberatung und Grundlagenforschung Raum für strategisch ausgerichtete Forschung?
- Wie lässt sich dieser „dritte Weg“ einer handlungsorientierten wissenschaftlichen Forschung organisieren?
- Wie kann die Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander sowie mit den Kommunen und den Ministerien intensiviert und verstetigt werden?

1. Erwartungen an die Forschung

Die veränderten Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung machen es erforderlich, sich nach den großräumigen Entwicklungsprojekten, die die letzten Jahrzehnte geprägt haben, wieder kleinmaßstäblicheren Projekten zuzuwenden: Auf der Agenda stehen die Stabilisierung von Räumen, die bauliche Umstrukturierung und die Bestandspflege. In vielen Städten werden Netzwerke der Akteure immer wichtiger, um die Daseinsvorsorge zu garantieren (Martin zur Nedden). Trotz verstärkter Hinwendung der Bundespolitik zur Förderung des ländlichen Raums müssen daher die Städte weiter im Fokus der Städtebaupolitik stehen.

Bei der Festlegung von Wohnstandorten und der Verteilung der Infrastruktur ist die Frage zukunftssicherer Investitionen verantwortlich zu klären. Die knapper werdenden öffentlichen Mittel sollten dort eingesetzt werden, wo sie nachhaltige Effekte erzeugen (Rudolf Scheuvens). Man müsse die eingespielten Muster der Mittelverteilung verlassen und die Balance zwischen den Regionen und Räumen neu justieren.

Rainer Nagel wies darauf hin, dass in der Berliner Stadtentwicklung neue Themen und Strategieräume anzugehen seien, wie zum Beispiel Cityerweiterung, Kreativquartiere an der Spree, Tegel als Industriestandort. Bei Zukunftsprojekten sei wissenschaftliche Begleitung erwünscht, wie sie mit dem Stadtforum Berlin seit langem praktiziert werde. Strategische Beratung seitens der Hochschulen erwarte die Berliner Stadtplanung nicht. Strategien zu formulieren, sei eine originäre Aufgabe der Kommune. Beiträge der Hochschulen seien – so Rainer Nagel – als sektorale Vertiefung planungspraktischer Fragen willkommen.

Ulrich Hatzfeld lokalisierte die Chance für Kooperationen zwischen Hochschulen und Planungspraxis eher im Feld perspektivischer Themen, die über das Tagesgeschäft hinausweisen: Klimawandel, demografischer Wandel, Integration. In kooperativen Prozessen seien die strukturellen Unterschiede zwischen den Räumen herauszuarbeiten. In Kenntnis der räumlichen Problemprofile könnten die Strategien präziser formuliert werden. Langjährige Erfahrungen mit der Stadterneuerung in größeren Städten seien auch für den ländlichen Raum nützlich.

Gesprächsteilnehmer stellten heraus, dass die immer noch übliche Sonderbehandlung existenzieller Fragen – Klimawandel, Energiekonzepte, Infrastrukturanpassung etc. – zu kurz greife. Man müsse endlich weg von sektoralen Betrachtungen. Zu thematisieren seien die Schnittstellen zwischen Technologien und Stadtentwicklung. Eine überfällige Aufgabe in der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Ministerien und Kommunen sei es, die Stadtplanung wieder stärker als Schnittstellenwissenschaft zu etablieren (Ute Knippenberger, Lex Faber).

2. Verstetigung der Zusammenarbeit zwischen den Hochschultagen

Wenn über die Fortsetzung der Zusammenarbeit gesprochen werde, könne sich diese nicht auf eine Wiederholung der



Summer School beschränken. Wichtiger sei es, das Projektstudium in der Planerausbildung als Chance zu begreifen. Denn hier könne man unmittelbar an den Alltag des Stadt- und Raumplanungsstudiums anknüpfen. Auf studentischer Ebene biete sich die Bundesfachschafft als Plattform für Kooperationen an (Lex Faber).

Eine wichtige Rolle übernehme inzwischen die Datenbank der Doktoranden, in der Themen und Methoden der Grundlagenforschung sichtbar werden. Neben dem Austausch zwischen den Forschenden sei diese Initiative auch an die kommunale Praxis adressiert. Kleinere Kommunen, die nicht über große Stäbe verfügen, könnten von dieser Initiative profitieren (Ute Knippenberger).

3. Der Beitrag der Hochschulen: Themen und Formate

Angeregt wurden neue Formate abseits der üblichen Planungsprozesse: So habe man in Wien eine Stiftungsprofessur eingerichtet, die sich auf das Thema öffentlicher Raum konzentriert. Ins Zentrum rücke zunehmend die Frage der Raumproduktion. Sollte es nicht eine „Schule des Sehens“ geben?, fragte Rudolf Scheuvens. Aus den Hochschulen heraus könne die Wahrnehmung der städtischen Realität beeinflusst werden. Es könne nicht angehen, dass auf Tagungen immer die „Krise der Planung“ gepflegt würde, während in den Städten Herausforderungen zu bewältigen seien, die planerische Antworten verlangten.

Dabei sei die Qualität der Kommunikation noch zu unterschiedlich. Routinemäßig kämen aus der kommunalen Praxis Hinweise für die Ausbildung. Was darüber hinaus möglich sei, entscheide sich von Fall

zu Fall. Das läge auch daran, dass die Struktur der Hochschulen für die Kommunen nicht transparent sei und viele Kommunen nicht über Hochschulen verfügen (zur Nedden). In Berlin sei die Verwaltung sehr an der Einbindung der Hochschulen interessiert, führte Rainer Nagel aus. Bereits in einer frühen Phase wichtiger Projekte suche die Berliner Verwaltung die Nähe zur Lehre. Als Beispiel führte er die Diskussion über die Fortschreibung des Planwerks an, die von den Hochschulen aufgegriffen worden sei. Diese Initiative habe in der Stadt eine positive Resonanz erzeugt. Schade sei allerdings, dass die Beschäftigung mit Städtebau und Stadtplanung an den Hochschulen aus der Mode gekommen sei. Es gehe doch darum, die großen Themen, wie etwa den Klimawandel, auf die kommunale Arbeitsebene herunterzubrechen.

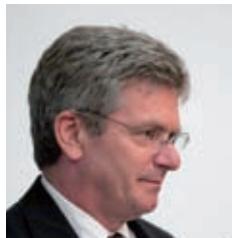
Für eine fruchtbare Kooperation sei wichtig – so Ulrich Hatzfeld –, dass über die notwendige Selbstvergewisserung der beteiligten Hochschulen hinaus Netzwerke entstehen, in denen die Zukunftsfragen der Städte aufgegriffen werden.

4. Perspektiven einer wirksamen Kooperation

Das Podium war sich einig: Der Schwung des Hochschultags sollte genutzt werden, um die Zusammenarbeit zu verstetigen. Lex Faber sah Anknüpfungspunkte bei der Initiative der Studierenden für eine bessere Lehre. Ute Knippenberger forderte die Kommunen auf, das Potenzial der Hochschulen zu nutzen. Martin zur Nedden machte das Angebot, den Bauausschuss des Stadttags als Basis für ein Netzwerk zwischen Hochschulen und Kommunen zu nutzen.

Kommunikation als Ressource

Fazit zum Zweiten Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik



Dr. Ulrich Hatzfeld
Leiter der Unterabteilung
Stadtentwicklung,
Ländliche Infrastruktur im
Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadt-
entwicklung

Ein guter Tag geht zu Ende. Und ein erfolgreicher Tag. Wir haben informative und engagierte Vorträge gehört, und wir hatten lebhafte und zuweilen leidenschaftliche Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Damit wurde ein zentrales Ziel des Hochschultages erreicht. Es ging uns um einen form- und vorbehaltlosen und zugleich aktivierenden Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Ich denke, wir brauchen einen Austausch über Inhalte, Verfahren und Einschätzungen, vor allem aber auch eine Verständigung darüber, wo es noch Defizite oder nicht ausgeschöpfte Potenziale im Verhältnis von Hochschulen auf der einen und Fachpolitik/Praxis auf der anderen Seite gibt. Morgen werden sich die Statusgruppen zu weiteren Gesprächen zusammenfinden, um diese Defizitanalyse vertieft – und hoffentlich zuweilen auch mutig selbstkritisch – fortzusetzen.

Wie bereits der vorangegangene Hochschultag war die heutige Veranstaltung Anlass und Rahmen für viele Einzelgespräche, Verabredungen und neue Pläne. Diese Funktion des Hochschultages als Plattform für den persönlichen Austausch, als fachpolitische Selbstvergewisserung und als „Familientreffen“ ist kein schöner Zufall, sondern konzeptionell gewünscht. Gerade in einer historisch betrachtet jungen Wissenschaft bedarf es einer gewissen Intensität und Kontinuität der Diskussion sowie einer dichten Vernetzung, um zu einer „kritischen fachpolitischen Masse“ zu kommen, die wiederum für die allgemeinpolitische Wahrnehmung und Unterstützung notwendig ist.

Professor Wékel, der einen großen Teil der inhaltlichen und organisatorischen Arbeiten für den heutigen Tag erledigt hat, hat einen wirklich guten Titel für den Zweiten Hochschultag erfunden: „Weiter Blick und langer Atem“. Ich denke, wir brauchen in der Tat einen ziemlich langen Atem und regelmäßig etwas Energiezufuhr, um im Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Praxis tatsächlich voranzu-

kommen. Wem die Andeutung nicht reicht, dem könnten vielleicht einige Stichworte weiterhelfen. Funktioniert die laufende Anpassung von Forschung und Lehre an die Anforderungen der Stadtplanungspraxis eigentlich immer? Erreicht das in Hochschulen verfügbare Wissen immer die Anwendungsebene in den Städten und Gemeinden? Was sind erfolgversprechende Formate einer systematischen Theorie-Praxis-Kommunikation? Wie leistungsfähig sind die Kommunikationsstrukturen zwischen Hochschulen und (fach-)politischen Entscheidungsträgern? Wie kann man fachwissenschaftliche Erkenntnisse zu einer allgemeinpolitischen Relevanz verdichten? Und wie soll es eigentlich mit der Fort- und Weiterbildung von Planerinnen und Planern weitergehen – liegt hier nicht auch eine Aufgabe der Hochschulen?

Als wären diese Fragen nicht bereits anspruchsvoll genug, geht es zusätzlich um die Bewältigung von Rahmenbedingungen, die alles andere als günstig sind. Die Hochschulen stecken mitten in einem Restrukturierungsprozess, der von vielen als grundlegend empfunden wird. Die kommunale Planung wird durch haushaltswirtschaftliche Zwänge und zum Teil radikalen (Fach-)Personalabbau häufig in die Defensive gedrängt. Alle öffentlichen Haushalte geraten durch Sparzwänge und Schuldenbremsen unter Druck.

Die Erfahrung legt es nahe, in derartigen Situationen sequenziell und beharrlich zu agieren. Es geht um einen langen Atem und zuweilen viel Geduld. Um diesen Prozess zu gestalten, müssen die Brücken zwischen der Wissenschaftsszene und der Praxis in Politik und Verwaltung Zug um Zug verstärkt werden. Am Anfang steht dabei ein besseres Verständnis der spezifischen Logiken, Kommunikationsstile und Gratifikationsstrukturen der einzelnen Systeme. Zentrale Instrumente sind dabei Kommunikation und Vernetzung. In diesen Prozess der Kommunikation müssen möglichst alle relevanten Gruppen einbezogen werden: Wissenschaftler,



Wissenschaftliche Mitarbeiter, Studierende sowie Praktiker aus der Politik und Verwaltung. Ich glaube, dem heutigen Hochschultag ist es gelungen zu zeigen, dass eine solche Kommunikation möglich und ertragreich ist. Als Aufgabe bleibt nun, diesen Kommunikationsprozess zu verstetigen.

Was haben wir uns für die Zeit bis zum nächsten Hochschultag vorgenommen?
Wo erwarten wir Ihre Hilfe? Wo gibt es Anschlussmöglichkeiten für Sie?

Wir werden im Jahr 2011 mit der Ringvorlesung zum Thema Nationale Stadtentwicklungs politik beginnen. Herr Professor Steinebach ist freundlicherweise sehr aktiv in dieser Frage. Die beteiligten Hochschulen werden demnächst im Hinblick auf ihr Interesse an einer solchen Veranstaltung angesprochen. Das Ziel bleibt unverändert. Wir wollen unsere Hausspitze stärker in die wissenschaftlichen Diskussionen einbeziehen; daran sollen sich neben den Hochschulen auch die örtliche Stadtplanung und Stadtentwicklung beteiligen. Herrn Steinebach möchte ich danken, dass er die Steuerung dieses Prozesses übernommen hat.

Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungs politik werden wir ferner einen Wettbewerb zur Nachwuchsförderung auf die Wege bringen. In

diesem Rahmen werden auch Studierende aufgefordert, sich an diesem Wettbewerb mit ihren jeweiligen Professorinnen und Professoren zu beteiligen. Wir werden dazu alle Teilnehmer des Hochschultages noch einmal gesondert informieren.

Außerdem soll der Dialog zwischen Hochschulen und Ministerium zwischen den Hochschultagen intensiver werden. Wir haben mit solchen Dialogforen, die mehrfach pro Jahr jeweils spezifische Themen aufrufen, sehr gute Erfahrungen gemacht. Auch aus diesem Grunde wären wir dankbar, wenn sich noch mehr Professorinnen und Professoren an diesen Foren beteiligen. Eine Mitarbeit in diesen Foren ist notwendig, um den nächsten Hochschultag inhaltlich vorzubereiten und auf eine breite Akzeptanzbasis zu stellen.

Das Ministerium wird versuchen – darüber haben wir hier auch schon gesprochen –, die Summer School weiterhin zu unterstützen. Ich sage das auch deshalb, weil wir in der Vorbereitung des heutigen Hochschultages vor allem das Engagement der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studierenden überzeugend empfunden haben. Die Mitarbeit dieser Gruppen sollte meines Erachtens auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Hochschulkooperation sein.



Ein Dauerthema in der zugegebenermaßen kurzen Tradition des Hochschultages ist die bessere Koordination der raumbezogenen Forschung, sei es nun die Grundlagen oder die anwendungsbezogene Forschung. Das Ministerium wird sich hier um eine transparentere Struktur bemühen, insbesondere in Abstimmung mit dem BMBF.

Wir haben heute Morgen von Herrn Staatssekretär Bomba eine Zusage zur Durchführung eines dritten Hochschultages der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erhalten. Dieser wird vermutlich im Frühjahr 2012 stattfinden. Um den kommenden Hochschultag noch wirksamer zu gestalten, vertrauen wir auf Ihre Mitarbeit und Initiative. Wir werden bis zum nächsten Hochschultag zu mehreren Vorbereitungstreffen einladen. Diese Einladung richtet sich an Professorinnen und Professoren, Wissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende der Partnerhochschulen. Die Tatsache, dass das Ministerium zu den Treffen einlädt, sollte allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass sich das Haus auch für die inhaltliche Strukturierung des nächsten Hochschultages verantwortlich fühlt. Ich sage Ihnen zu, dass wir Angebote zu einer verstärkten Mitarbeit insbesondere aus der Gruppe der Professorenschaft nicht zurückweisen werden. Ich bitte Sie, eine solche Aussage nicht als Abgabe von Verantwortung, sondern als Chance und als inhaltliches Angebot zu interpretieren.

Mittelfristiges Ziel ist es, eine selbsttragende Struktur zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Hochschultages zu generieren.

Zum Abschluss bedanke mich herzlich bei den Referentinnen und Referenten, die sich ehrenamtlich an der Vorbereitung und Durchführung des Hochschultages beteiligt haben. Sie haben das hervorragend und mit bewundernswertem Engagement gemacht. Ebenso bedanke ich mich bei der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, die organisatorisch viel für diese Veranstaltung getan hat. Zu nennen sind schließlich die vielen Helferinnen und Helfer, die den technischen und gastronomischen Ablauf sichergestellt haben.

Außerdem möchte ich speziell noch den drei Menschen danken, ohne die der Prozess des Hochschultages nie dahin gekommen wäre, wo er heute steht. Als ersten nenne ich Professor Wékel, der immer dann Schwung gegeben hat, wenn es etwas zu langsam zu werden drohte. Herzlichen Dank dafür. Dank auch an Frau Professor Dubrau und Frau Draeger für ihr in der Tat beharrliches und zugleich persönlich überzeugendes Engagement bei der Organisation des Hochschultages.

Herzlichen Dank Ihnen allen für Ihre Teilnahme gestern und heute. Ich lade Sie zum nächsten Hochschultag ein.

Ressortforschung und universitäre Forschung

Orientierung künftiger Forschungsarbeit – Bericht aus einem Forum beim Hochschultag 2011

Zusammenfassung von Prof. Elke Pahl-Weber

Der Hochschultag dient dem intensiven Dialog zwischen Universitäten und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Das Forum, zu dem hier berichtet wird, soll die Rationalitäten, Rahmenbedingungen, wissenschaftlichen Kriterien der Bewertung und die möglichen Potenziale der Zusammenarbeit von Universitäten/Hochschulen und Ressortforschung erörtern. Es geht darum, das Wissen zu den institutionellen Forschungsrahmenbedingungen zu vertiefen, bislang ist eine gemeinsame Sicht auf die Forschung im thematischen Kontext von Bau- und Stadtentwicklung nicht gegeben. Die sehr unterschiedlichen Logiken der Systeme, der Politik oder der Verwaltung mit der dazugehörigen Ressortforschung auf der einen Seite und die Logik der Wissenschaft an den Universitäten auf der anderen, werden wahrgenommen und der Hochschultag bietet die Möglichkeit, hier nach Brücken zu suchen zur Verbesserung der Kommunikation und mehr Ertrag in dieser Kommunikation zu erreichen. Ziel ist also nicht, Vereinbarungen zum Thema Forschung zu treffen, sondern erst einmal gemeinsame Grundlagen zum Wissen zu schaffen. Das konnte mit einer intensiven Diskussion nach zwei einleitenden Beiträgen gelingen. Daraus werden hier zentrale Themen zusammengefasst. Sie verstehen sich als Angebot, Wissen zu vertiefen und Anstoß, an diesem Thema weiterzuarbeiten, was alle Beteiligten der Gesprächsrunde einforderten.

Logik der Ressortforschung

Der Begriff „Ressortforschung“ ist im Konzept zur modernen Ressortforschung, das 2007 von der Bundesregierung beschlossen wurde (Moderne Ressortforschung, 2007) definiert. Diese Definition umfasst die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Bundes, die der Vorbereitung, Unterstützung oder Umsetzung politischer Entscheidungen dienen, die untrennbar mit öffentlichen Aufgaben verbunden sind. Die Ressortforschung wird aus der Sicht der Ministerien als wissenschaftlich gestützte Politikberatung verstanden. Hier lässt sich als Anregung eine Verbindung zu einem Standardwerk der politischen Wissenschaften ziehen, zu Machiavellis „Der Fürst“ von 1532, das auch als ein erstes Handbuch zur Politikberatung verstanden werden kann. Danach soll die Politik ihre Entscheidungen auf verfügbares Wissen gründen, der Beratung willens sein und die nachfolgende Entscheidung allein als

doppeltes Geheimnis, also nach getrennter Anhörung verschiedener Ratgeber treffen.

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in der Ressortforschung müssen darauf ausgerichtet sein, Entscheidungshilfe zur sachgerechten Erfüllung der Fachaufgaben der Ressorts bereitzustellen. Sie müssen dabei gleichermaßen Qualitätsanforderungen der Wissenschaft und anders gelagerten Leistungserwartungen der Ministerien genügen. (Moderne Ressortforschung, 2007, http://www.bundesregierung.de/nr_914546/Content/DE/Archiv16/Pressemitteilungen/BMBF/2007/12/2007-12-11-bundesregierung-beschliesst-konzept-fuer-moderne-ressortforschung.html ; Niccolò Machiavelli, Il Principe, Rom 1532; Lebens- und Regierungsmaximen eines Fürsten, Köln 1714, Der Fürst, Stuttgart 1986)

Einrichtungen der Ressortforschung

2008 gibt es im gesamten Bereich der Bundesregierung 46 Ressortforschungseinrichtungen mit über 18.000 Stellen, im Haushaltsjahr 2008 verausgabt der Bund für institutionelle Förderung 5,7 Milliarden Euro, davon 4,7 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung. Im Bereich BMVBS steht im Bereich Bau- und Stadtforschung das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Mittelpunkt, darüber hinaus werden auch noch eine Reihe anderer Einrichtungen institutionell gefördert: beispielsweise das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit dem Land Berlin, aber auch Einrichtungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und einige Leibniz-Institute.

Überblick zu den Ressortforschungsprogrammen

Hingewiesen wird auf Forschungsprogramme, die in einem starken Zusammenhang mit dem BBSR stehen:

- Die allgemeine Ressort-Forschung: Das ist das Kernprogramm zur Erforschung aktueller Fragen der Raumordnung, Stadtentwicklung sowie Bau- und Wohnungswesen.
- Die Modellvorhaben der Raumordnung – MORO: Hier geht es um die praktische Erprobung, Umsetzung innovativer raumordnerischer Handlungssätze.



- Der Experimentelle Wohnungs- und Städtebau, ExWoSt: Bekannt durch viele Einzelforschungsvorhaben und vor allem durch 168 laufende Modellvorhaben.

Um eine Vorstellung von den Volumina in diesen Programmen zu entwickeln, wird auf ExWoSt verwiesen mit 92 Millionen Euro verausgaben Mitteln für Forschung und Dienstleistung in den vergangenen zehn Jahren.

Ressortforschung braucht Vorlaufforschung für qualifizierte Politikberatung

Die Aufgaben der Politikberatung und die Umsetzung der Programme in der Einrichtung mit Ressortforschungsaufgaben, hier im BBSR, sind die Aufgabe der Einrichtung. Um sie qualifiziert bearbeiten zu können, wird im BBSR auch Vorlaufforschung betrieben. Beispielsweise gehören zu den Kernaufgaben des BBSR die Beschaffung, Aufbereitung, Auswertung von Daten, Informationen zur Beschreibung und Bewertung räumlicher Entwicklung. Auf der Grundlage dieser Daten, zur Gewinnung dieser Daten und anhand von aufkommenden Themen, werden beispielsweise räumliche Analysen zu bestimmten Themen aufbereitet, Erhebungen von quantitativen und qualitativen Daten in regelmäßigen Umfragen durchgeführt. Der Wissenstransfer ist im Sinne der Politikberatung zwar auf die Bundesregierung konzentriert, richtet sich aber auch an die gesamte fachliche Öffentlichkeit in Wissenschaft und Praxis. Das BBSR gibt durch-

schnittlich drei Publikationen im Monat heraus, in denen Forschungsergebnisse, Analysen, Beiträge zu aktuellen Diskursen und Auswertungen aus Modellvorhaben vermittelt werden.

Forschungsprofil – nach welchen Kriterien bildet es sich?

Bei der Bestimmung des Forschungsprofils von Ressortforschung ist zentral, dass die Auftragsforschung anwendungsorientiert ist. Universitäten, bei denen die Kriterien der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Vordergrund der Bewertung von Forschung stehen, bewerten anwendungsorientierte Forschung und Grundlagenforschung unterschiedlich. Kriterien zur Bemessung von Qualität wie Grundlagenforschung, Publikation in referierten Zeitschriften, internationale Publikationen sind in der Ressortforschung nicht primäres Ziel. Qualitätssicherung und Innovation gelten aber gleichermaßen für universitäre Forschung und Ressortforschung, insoweit sollten die Kriterien zur Bemessung überprüft werden, interessant ist doch gerade der Transfer zwischen „Elfenbeinturm“ und „politischer Anwendung“. Bei der Kriterientwicklung ist zu bedenken, dass Forschung im Bereich des Bauens, insbesondere aber der Stadtentwicklung ihre Labors in der Praxis hat, Laborsituationen für stadtentwicklungsbezogene Themen können nicht abseits der Praxis aufgebaut werden, insoweit ist die Anwendungsorientierung in der Praxis grundsätzlich Herausforderung an Methodenentwicklung und Empiriegewinnung, was klassische Bestandteile von Grundlagenforschung sind.

Angeregt wird, dass sich das Ministerium stark machen könnte in dieser Diskussion um das Forschungsprofil gegenüber dem Wissenschaftsministerium, gegenüber der Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), um die Qualität von Forschung, auch die eigenen Ergebnisse wissenschaftlich gestützter Politikberatung, zu sichern.

Konzeption der ausgeschriebenen Ressortforschungsprojekte aus der Anbietersicht

Mehrere Universitäten sehen die Ausschreibungen des BBSR als oftmals sehr detailliert an, sie lassen keine eigene Methodenentwicklung zu und sind zudem finanziell sehr begrenzt. Der Wissenstransfer spielt oftmals eine große Rolle, beim Format Veranstaltung ist dann das eigentliche Produkt eine öffentliche Debatte, der Forschungsbericht erscheint zweitrangig. Kritisiert wird, dass zunehmend das „Rundum-Sorglos-Paket“ bestellt wird: Forschung einschließlich Tagungen, Catering usw. Und bezogen darauf sind die Budgets zu klein. Hinzu kommen die neuen Abrechnungssysteme der Hochschulen, die die Frage der Overhead-Gemeinkosten in zunehmendem Umfang stellen. Hingewiesen wird auf Gemeinkostensätze von 71% und 81% und darauf, dass hier eine systematische Ungleichbehandlung in den Hochschulen zwischen DFG-Projekten und Ressortforschungsprojekten erfolge. Insofern gäbe es einen Wettbewerbsnachteil im Anbieten oder in der Antragstellung zwischen DFG-Projekten und solchen anwendungsorientierten Projekten. Bei der DFG sei kein Overhead zu berechnen. Grundlage ist Trennungsrechnung infolge von EU-Recht, die allerdings nur bei Werkverträgen und Auftragsforschung erfolge, nicht bei Zuwendungen.

Die für interdisziplinäre Arbeit wünschenswerten Kooperationen lassen sich bei den engen Budgets häufig gar nicht darstellen. In der Konsequenz fallen zunehmend Entscheidungen, sich nicht auf ausgeschriebene Ressortforschungsprojekte zu bewerben. Angeregt wird, eher größere Projekte zu konzipieren und darin Freiraum für fundierte wissenschaftliche Auswertungen zu geben. Wenn die Projekte insgesamt größer geschnitten sind, können auch die Modellvorhaben anders zugeschnitten werden, bei entsprechender Profilierung könnte die Qualität der Ergebnisse noch steigen.

Gegenüber diesen Bedenken besteht der Eindruck, dass Termintreue bei den Abgabeterminen, die möglicherweise aus politischen Gründen zentral sind, bei professionellen Büros sicherer aufgehoben sind als in großen Universitäten, die von vielerlei Eventualitäten beeinflusst sein können.

Wissenstransfer – welche Rolle spielt Ressortforschung für die Universitäten?

Der Wissenstransfer, wie er vom BBSR betrieben wird, ist eine unverzichtbare Grundlage für die Lehre. Publikationen des BBSR bilden immer wieder die Grundlage für wissenschaftliche Arbeiten der Studierenden, ein „absoluter Schatz, wenn es das nicht gäbe, müsste es erfunden werden“. Ihre Stärke liegt in der Aufbereitung von Beispielen und Strukturierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Das gilt primär für Studienarbeiten in den unteren Semestern, aber die Arbeit mit den Publikationen des BBSR ist auch für Doktoranden unerlässlich, die Beschreibung des Standes der Forschung kann in vielen Bereichen gar nicht ohne Auswertung der BBSR-Publikationen erfolgen.

Hochschultag als Ort des Diskurses über Forschung in der Bau- und Stadtentwicklung?

Angeregt wird, sich Mitte 2011 noch einmal in diesem Kreis zu treffen und die Diskussion fortzuführen, wenn das durch eine Arbeitsgruppe vorstrukturiert würde. Zur Teilnahme erklären sich einige Professorinnen und Professoren sowie Vertretung von BVMBS und BBSR bereit.

Auf konkrete Fragen sollen Antworten gefunden werden, etwa: Warum haben wir nicht längst eine referierte Fachzeitschrift in der Stadtentwicklung? Wer entwickelt die Kriterien, nach denen Hochschulforschung und Ressortforschung beurteilt wird, in der Fachdisziplin? Ist es strategisch ein guter Weg, eine Art „Forschungsrat-Stadt“ zu gründen; ein kleines Instrument, das sich alle zwei Jahre erneuert? Sollte sich der Kreis in einer gemeinsamen Ringvorlesung treffen und die Themen zum Gegenstand von Vorlesungen machen? Die Diskussion in diesem Forum ist ergebnisorientiert, die Fragen sind richtig gestellt: Wie profilieren wir Forschungsfelder? Was sagt die Nutzerseite und was sagt die Seite, die das für sich in der Politikberatung verwerten will? Dafür ist der Hochschultag ein guter Ort.

Treffen der Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zusammenfassung von Dr. Robert Fischer, TU Darmstadt

Die Gruppe des Mittelbaus war auch beim Zweiten Hochschultag stark vertreten. Am Folgetag trafen sich 23 Kolleginnen und Kollegen aus zehn verschiedenen Hochschulen zu einer ausführlichen Diskussionsrunde.

Dabei wurde für die Idee des Hochschultags breite Zustimmung festgestellt. Die Vertreterinnen und Vertreter des Mittelbaus haben das Angebot zum verstetigten Dialog mit der Politik bzw. der Praxis gerne angenommen und ihre Bereitschaft grundsätzlich bekräftigt, sich an der weiteren Entwicklung des Dialogs zu beteiligen. Sie sind insbesondere auch bereit, bei folgenden Hochschultagen noch stärker mitzustalten und Verantwortung zu übernehmen.

Ausgehend von den Erfahrungen des Zweiten Hochschultags, der ausführlich und kritisch reflektiert wurde, sammelten die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Vielzahl von Ideen und Vorschlägen zur künftigen strukturellen und methodischen Weiterentwicklung dieses besondere Veranstaltungsformats.

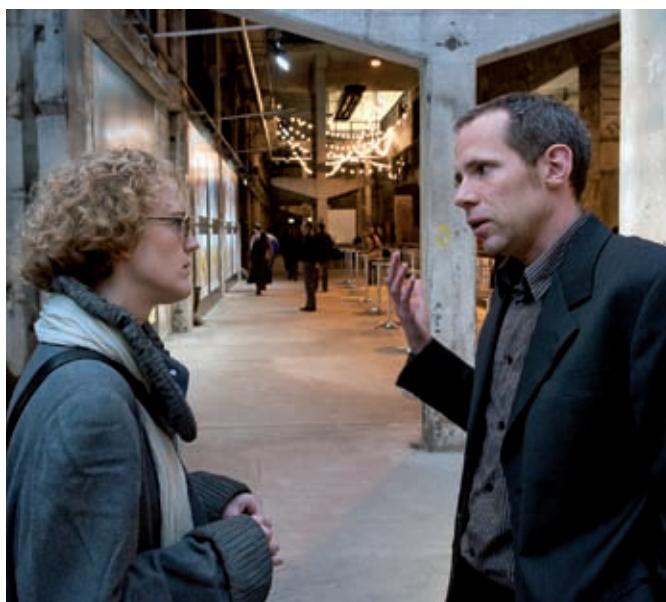
Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussionsrunde haben auch den Zweiten Hochschultag wieder als anregende Gelegenheit zum Networking untereinander erlebt. Daraus ergaben sich einige Impulse für eine künftig noch intensivere Vernetzung zum Erfahrungsaustausch und potenzieller Zusammenarbeit.

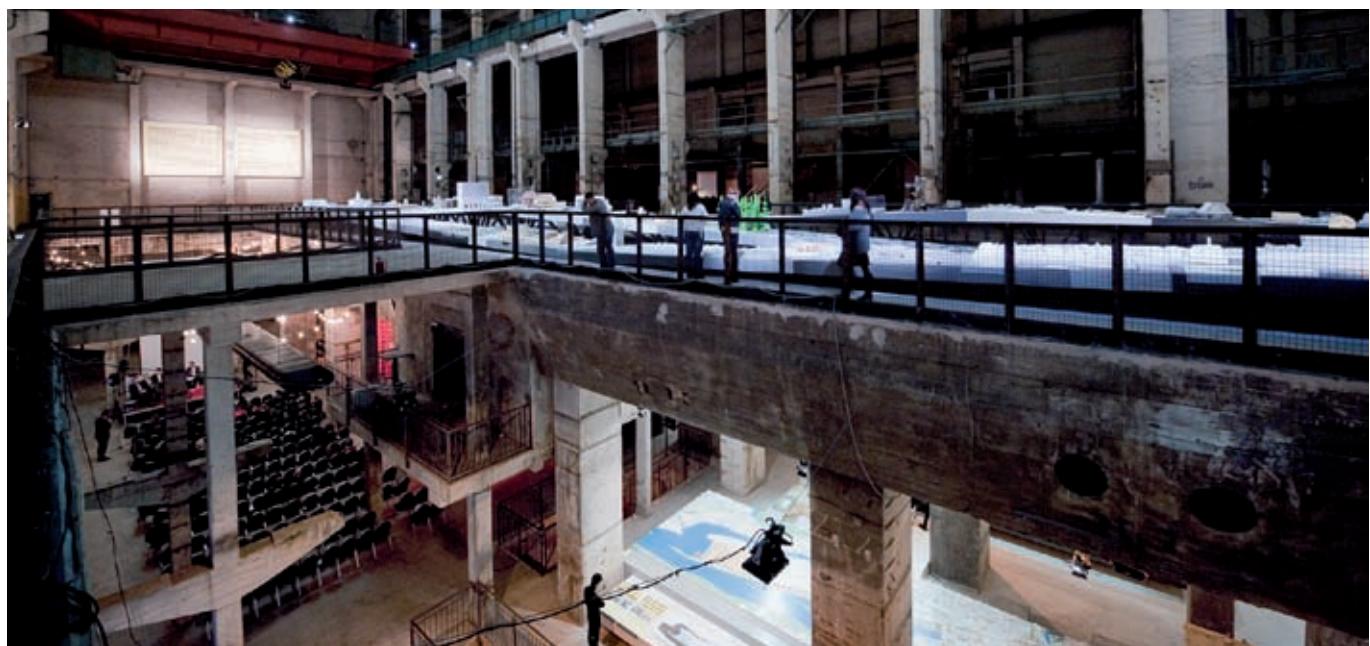
Diesem Vernetzungsgedanken wurde von allen Seiten großes Interesse entgegengebracht.

Dieser interne Dialog des Mittelbaus wurde bereits beim ersten Hochschultag angestoßen, sodass zum Zweiten Hochschultag als ein konkretes Ergebnis bereits eine Zusammenstellung laufender Dissertations- und anderer Forschungsprojekte vorgestellt werden konnte. Die zu Grunde liegende Datenbank wird laufend aktualisiert und soll zum dritten Hochschultag als aktualisierte Broschüre wieder vorgelegt werden. Über die Selbstverständigung innerhalb des wissenschaftlichen Nachwuchses hinaus soll diese Zusammenstellung aktueller Projekte natürlich auch die Kontaktaufnahme mit der Praxis erleichtern, indem mit Hilfe der Datenbank schneller Kontakt Personen für bestimmte Themen und Fragestellungen gefunden werden können. Die Datenbank steht auf der Seite www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de in der Rubrik „Forschung“ öffentlich zur Verfügung.

Eine neue, eigenständige Initiative ist das „Forum Stadtforschung“, die unmittelbar aus dem Hochschultag bzw. dem anschließenden Mittelbau-Treffen entstanden ist.

Diese Austauschplattform ist offen für alle wissenschaftlichen Beschäftigten im Bereich der räumlichen Stadtforschung, geplant sind ein oder zwei jährliche Treffen. Interessierte Kolleginnen und Kollegen können





unter forum@forum-stadtforschung.net Kontakt aufnehmen und sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen.

Über diese bereits begonnenen Aktivitäten hinaus gibt es bereits eine Vielzahl von weiteren Überlegungen, wie die Vernetzung des Mittelbaus intensiviert werden könnte, um damit auch die Verfestigung des Dialogs mit der Praxis zu unterstützen und weiter zu entwickeln.

Aus dem Pool der Ideen herauszugreifen wäre beispielsweise ein „Think-Tank Mittelbau“, der als Ergänzung bestehender Expertengruppen zusammengestellt wird, um zu konkreten Fragestellungen einen direkten Wissenstransfer anbieten könnte. Dabei würde die personelle Zusammensetzung steig wechseln, um immer wieder neue Inputs und

kreative Lösungen zu fördern. Die Treffen des „Think-Tanks“ könnten als „Stadtvisiten“ gestaltet sein, d. h. an wechselnden Standorten mit konkretem Themenbezug vor Ort.

Eine weitere Idee ist die Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden „Hochschul-Note“ an das Ministerium, in der jeweils aktuelle Themen aus Sicht des Mittelbaus benannt und kommentiert werden, die aus der eigenen Arbeit bzw. dem Austausch untereinander hervorgehen. Diese Kommentare würden dann dazu beitragen, mit der Politik in stetigem Austausch zu bleiben und gleichzeitig einen kontinuierlichen Diskussionsbeitrag zur Nationalen Stadtentwicklungs-politik zu leisten.



Der Zweite Hochschultag aus der Sicht der Studierenden

Zusammenfassung von Lex Faber, TU Berlin

Im Anschluss an den Zweiten Hochschultag trafen sich am 6. November 2010 knapp 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von fünf verschiedenen Hochschulen, unter ihnen auch Mitglieder des Bundesfachschaftsrates Stadt- und Raumplanung (BFSR), um die Veranstaltung zu reflektieren und die weitere Zusammenarbeit zu besprechen.

PlanerInnenTreffen und Bundesfachschaftsrat

Eine Selbstorganisation der Studierenden außerhalb des Hochschultages ist bereits seit vielen Jahren vorhanden. Jeweils einmal im Semester treffen sich Studierende der Stadt- und Raumplanung von zehn Hochschulen (aus Deutschland, Österreich und der Schweiz) im Rahmen des PlanerInnenTreffens (PIT) zur Bundesfachschaftenkonferenz an wechselnden Standorten. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass diese Organisationsform offen und flexibel genug ist, um auf Veränderungen zu reagieren: neue Studiengänge, wie z.B. an der FH Erfurt und Uni Weimar wurden schnell einbezogen und so auch beim Aufbau einer studentischen Vertretung (Fachschaft) unterstützt. Im Fall der beiden neuen Studiengänge in Thüringen hat dies so gut funktioniert, dass diese kurz nach ihrer Aufnahme bereits ein gemeinsames PlanerInnenTreffen ausgerichtet haben.

„Bündnis für eine bessere Lehre“

Bei diesem Treffen im Wintersemester 2010/2011 haben die anwesenden Studierenden intensiv mit dem Berufsverband SRL über das Berufsbild

der Stadt- und Raumplanung diskutiert und eine weitere Zusammenarbeit unter dem Arbeitstitel „Bündnis für eine bessere Lehre“ beschlossen. Ergebnis dieses Prozesses soll eine gemeinsame Positionierung von Studierenden, Lehrenden, Berufsverbänden und Arbeitgebern über Inhalte des Studiums sowie eine bessere Kooperation von Ausbildung, Forschung und Praxis sein. In diesen Prozess sollen einerseits weitere Berufsverbände des deutschsprachigen Raumes (Österreich, Schweiz, Luxemburg) einbezogen werden. Andererseits wird ein Austausch mit weiteren Einrichtungen wie Ministerien, Kommunen, Unternehmen und Interessensverbänden angestrebt. Der Hochschultag könnte und sollte ein wichtiger Baustein und zentraler Dikussionsort in diesem Prozess sein.

Anforderungen an zukünftige Hochschultage

Aus Sicht der Studierenden ist es sehr zu hoffen, dass die Initiative des Hochschultages auch in Zukunft weitergeführt und durch das Bundesministerium unterstützt wird. Zur Optimierung der Veranstaltung werden folgende Anpassungen vorgeschlagen:

- Bei den Studierenden sind Strukturen zur Vernetzung bereits vorhanden. Der Hochschultag ist somit in erster Linie zur Vernetzung mit anderen Beteiligten in der Ausbildung, der politischen Verwaltung (insb. des BMVBS und des BFSR) und weiteren Institutionen (Forschungsinstitute, Kommunen, kommunale Verwaltungen) interessant. Dies sollte inhaltlich und organisatorisch bei der Vorbereitung des Hochschultages berücksichtigt werden.





- Zu diesem Zweck, sollte das Programm weniger aus Podiumsdiskussionen und vielmehr aus Workshops oder anderen dialogorientierten Programmpunkten bestehen. Eine wichtige Voraussetzung für die Mitwirkung von Studierenden ist eine stärkere Berücksichtigung durch die Moderatoren.
- Eines der Alleinstellungsmerkmale des Berufsfeldes Stadt- und Raumplanung ist eine integrierte und interdisziplinäre Herangehensweise. Diese Einstellung sollte auch bei der Durchführung einer Tagung wie dem Hochschultag genutzt werden: Die „Konfrontation“ der Positionen und Argumente verschiedener Statusgruppen, Einrichtungen und Institutionen sollte gefördert werden, um hierdurch auch gemeinsame Positionen zu entwickeln.
- Seitens der Studierenden und des Bundesfachschaftsrates besteht weiterhin Interesse, intensiver in die Vorbereitung des Hochschultages einbezogen zu werden. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, ein von Studierenden organisiertes Forum zur Diskussion eigener Themen anzubieten.
- Die Forderung der Vertreterinnen und Vertreter des Mittelbaus zur Benennung von Ansprechpartnern als Mittler und Multiplikatoren an den einzelnen Hochschulen wird unterstützt. Über den Mittelbau könnte effektiv auch eine inhaltliche Einbeziehung der Studierenden an den verschiedenen Universitätsstandorten realisiert werden.
- Die Etablierung einer Summer School wird als wichtige Initiative zur Einbeziehung von Studierenden in die Ausgestaltung und Fortschreibung der

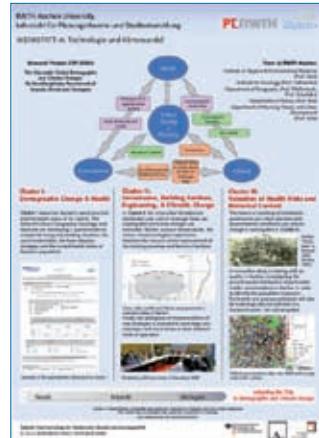
Politikleitlinie der Nationalen Stadtentwicklungsinitiative gesehen. Sie sollte auch in Zukunft durchgeführt werden und auch mit den nötigen finanziellen Mitteln durch das Ministerium und die Hochschulen gefördert werden. Die Präsentation der Ergebnisse sollte dem Aufwand der Beteiligten angemessen sein und nicht außerhalb des eigentlichen Programms des Hochschultages stattfinden.

Fazit

Die Studierenden verfügen durch ihre bereits vorhandene gute Vernetzung und ihre regelmäßigen Treffen über eine funktionierende Plattform für einen inhaltlichen und organisatorischen Austausch zum Studium der Stadt- und Raumplanung. Diese Möglichkeit sollte insbesondere im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Positionierung zur (inhaltlichen) Verbesserung der Lehre genutzt werden. Der Hochschultag als Institution sollte in Zukunft als Vernetzungsplattform zwischen den Hochschulen und Ministerium sowie anderen Einrichtungen genutzt werden. Die Studierenden sind hierbei daran interessiert die diskutierten Themen und Ergebnisse einer größeren Öffentlichkeit zu präsentieren und dadurch zu qualifizieren.

Weiterführende Links

www.planungsstudium.net (Informationsseite des Bundesfachschaftsrates)
www.planerinnentreffen.de (Homepage des jeweils nächsten Treffen)



Posterausstellung

Wie schon beim ersten Hochschultag haben viele Hochschulen die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit ihren Arbeitsbereichen und Fragestellungen in Form von Postern zu präsentieren. Anders als die Posterausstellung des ersten Hochschultags waren die Plakate diesmal stärker thematisch orientiert, um direkt Diskussionen in den vier Werkstätten anzustoßen. Zur diesjährigen Posterausstellung waren die Hochschulen eingeladen, ihre Erfahrungen und Forschungsergebnisse in den jeweiligen Themenfeldern darzustellen und offenen Fragen und Forschungsbedarfe zu benennen. Es wurde gefragt, welcher Bezug zur Praxis und welcher Bedarf an Wissen dort gesehen wird und welche Erfahrungen im Dialog mit der Praxis gesammelt wurden.

Unter den 41 eingegangenen Beiträgen beschäftigten sich die meisten Poster mit „Technologie und Klimawandel“ (Werkstatt A), gefolgt von den Themen „Demografischer und sozialer Wandel und Integration“ sowie „Kultur und Lebensumwelt“. Zur Werkstatt C, die sich mit der Frage der Ökonomie beschäftigte, wurden die wenigsten Plakate vorbereitet.



Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft
FB Architektur

Beuth-Hochschule für Technik Berlin
Studiengang Architektur

BTU Cottbus
Institut für Städtebau und Landschaftsplanung

Karlsruher Institut für Technologie
Fachgebiet Städtebau

RWTH Aachen
Institut für Städtebau und Stadtverkehr
Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung

TU Berlin
Innovationszentrum Gestaltung von Lebensräumen
FG Gebäudekunde und Entwerfen
Institut für Stadt- und Regionalplanung
Fachgebiet Planungs- und Architektursoziologie
Projekt „Think Berlin!“

TU Braunschweig
Institut für Städtebau und Landschaftsplanung
Fachgebiet für Städtebau und Entwurfsmethodik

TU Darmstadt
LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“
Graduiertenschule URBANgrad
Fachgebiet Entwerfen und Energieeffizientes Bauen

TU Dortmund
Deutsches Institut für Städtebau
Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
Fakultät Raumplanung, Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung
Städtebauleitplanung

TU Kaiserslautern
Lehrstuhl Stadtplanung

TU München
Institut für Entwerfen, Stadt und Landschaft

Universität Duisburg-Essen
Institut für Stadtplanung und Städtebau

Universität Leipzig
Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft

Universität Siegen
Fachbereich Architektur, Forschungsbereich Stadtpl. und Städteb.

Universität Stuttgart
Fakultät Architektur und Stadtplanung

Forschungsverbund REFINA KOREMI
Universität Leipzig und Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Doktoranden-Netzwerk Nachhaltige Stadtentwicklung (NSE)

Forschungsverbund REFINA KOREMI
Universität Leipzig und Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Das Projekt REFINA KOREMI (REcherché et de l'INnovation pour la Fonctionnalité et la Résilience des Espaces et des Mondes) ist ein Forschungsverbund zwischen der Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Das Ziel des Projekts ist die Entwicklung eines integrierten Theorie- und Methodenrahmens für die nachhaltige Stadtentwicklung, der die gesamte Lebensraumfunktion und -qualität berücksichtigt. Die Ergebnisse sollen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz von Städten beitragen.

Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Institut für Städtebau und Landschaftsplanung

Das Institut für Städtebau und Landschaftsplanung der BTU Cottbus beschreibt seinen Forschungsbereich als einen Prozess, der von der Theorie über die Praxis bis zur Praktischen Anwendung reicht. Es wird betont, dass die Forschung auf dem Prinzip der Anwendung basiert und dass die Ergebnisse direkt in die Praxis übertragen werden.

Technische Universität Berlin
TUM

Das Institut für Kultur und Lebensumwelt der TU Berlin beschreibt seine Arbeit als einen Prozess, der von der Theorie über die Praxis bis zur Praktischen Anwendung reicht. Es wird betont, dass die Forschung auf dem Prinzip der Anwendung basiert und dass die Ergebnisse direkt in die Praxis übertragen werden.

Universität Duisburg-Essen
Institut für Städtebau und Landschaftsplanung

Das Institut für Städtebau und Landschaftsplanung der Universität Duisburg-Essen beschreibt seine Arbeit als einen Prozess, der von der Theorie über die Praxis bis zur Praktischen Anwendung reicht. Es wird betont, dass die Forschung auf dem Prinzip der Anwendung basiert und dass die Ergebnisse direkt in die Praxis übertragen werden.

TU Dortmund
Deutsches Institut für Städtebau

Das Deutsche Institut für Städtebau der TU Dortmund beschreibt seine Arbeit als einen Prozess, der von der Theorie über die Praxis bis zur Praktischen Anwendung reicht. Es wird betont, dass die Forschung auf dem Prinzip der Anwendung basiert und dass die Ergebnisse direkt in die Praxis übertragen werden.

TU MÜNCHEN / INSTITUT FÜR ENTWERFEN, STADT UND LANDSCHAFT

Das Institut für Entwerfen, Stadt und Landschaft der TU München beschreibt seine Arbeit als einen Prozess, der von der Theorie über die Praxis bis zur Praktischen Anwendung reicht. Es wird betont, dass die Forschung auf dem Prinzip der Anwendung basiert und dass die Ergebnisse direkt in die Praxis übertragen werden.

TU Darmstadt
LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“

Das LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ der TU Darmstadt beschreibt seine Arbeit als einen Prozess, der von der Theorie über die Praxis bis zur Praktischen Anwendung reicht. Es wird betont, dass die Forschung auf dem Prinzip der Anwendung basiert und dass die Ergebnisse direkt in die Praxis übertragen werden.

Die gesamte Posterausstellung steht als DVD zur Verfügung und wird auf der Website www.nationale-stadtentwicklungs-politik.de bereit gestellt.

Mitwirkende des Zweiten Hochschultages

Dr. Matthias Alexander Frankfurter Allgemeine Zeitung, Rhein-Main-Zeitung, Frankfurt am Main
Elke Becker TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, FG Planungstheorie
Prof. Dr. Klaus Beckmann Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Tim Bialucha TU Darmstadt, Fachgebiet Entwerfen und Energieeffizientes Bauen
Dr. Ralf Bleicher Deutscher Landkreistag, Berlin
Prof. Dr. Harald Bodenschatz TU Berlin, Institut für Soziologie
Staatssekretär Rainer Bomba Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
Dr. Simon Burger Deutscher Städte- und Gemeindebund, Bonn
Prof. Stefanie Bürkle TU Berlin, Institut für Architektur
Dr. Marta Doebler-Behzadi Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
Prof. Dr. Eberhard von Einem Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Stadt- und Regionalökonomie
Natalie Eßig TU München, Lehrstuhl für Bauphysik
Lex Faber TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung
Dr. Volker Hassemer Stiftung Zukunft Berlin
Dr. Ulrich Hatzfeld Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
Prof. Dr. Dietrich Henckel TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung
Stefan Hilterhaus PACT Zollverein, Essen
Britta Hüttenthaler Universität Stuttgart, Städtebauinstitut
Prof. Dr. Martin Junkernheinrich TU Kaiserslautern, Fachbereich A/RU/Bl
Prof. Dr. Claudia Kemfert Hertie School of Governance / DIW Berlin
Ute Knippenberger Universität Karlsruhe, Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen
Prof. Matthias Koziol BTU Cottbus, Institut für Städtebau und Landschaftsplanung
Staatssekretärin Maria Krautzberger Bundeshauptstadt Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Reiner Nagel, Bundeshauptstadt Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Bürgermeister und Beigeordneter Martin zur Nedden Stadt Leipzig, Dezernat VI – Stadtentwicklung und Bau
Dr. August Ortmeyer Deutscher Industrie- und Handelskongress, Berlin
Prof. Elke Pahl-Weber Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn
Prof. Dr. Franz Pesch Universität Stuttgart, Lehrstuhl Stadtplanung und Entwerfen
Ulrich Pfeiffer empirica ag Forschung und Beratung, Berlin
Prof. Christa Reicher TU Dortmund, Fakultät Raumplanung
Stephan Reiß-Schmidt Landeshauptstadt München, Planungsreferat
Gunnar Rönsch TU Dresden / Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau
Prof. Rudolf Scheuvens TU Wien, Fachbereich Örtliche Raumplanung
Prof. Dr. Alexander Schmidt Universität Duisburg-Essen, Institut für Städtebau und Stadtplanung
Carola Scholz Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Dr. Carolin Schröder TU Berlin, Zentrum für Technik und Gesellschaft
Erster Bürgermeister Konrad Seigfried Stadt Ludwigsburg
Prof. Dr. Gerhard Steinebach TU Kaiserslautern, Lehrstuhl Stadtplanung
Prof. Dr. Juerg Sulzer TU Dresden / Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau
Antonio Wehn LUWOGE consult, Ludwigshafen
Dr. Oliver Weigel Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
Prof. Julian Wékel Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin
Prof. Peter Wippermann Folkwang Universität Essen / Trendbüro Hamburg

Redaktioneller Hinweis

Die einzelnen Artikel geben den Standpunkt der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder. Bei den Zusammenfassungen der Podien, Werkstätten und Nachbesprechungen der Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studierenden wurden nur in wenigen Einzelfällen Angaben über die Sprechenden gemacht, die sonst mehrheitlich als „Teilnehmer“ erwähnt werden.

Impressum

Zweiter Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungs politik
„Weiter Blick und langer Atem“ – Einladung zum Dialog zwischen Politik und Wissenschaft 4.-5. November 2010 im Heizkraftwerk Berlin-Mitte

Der Hochschultag ist ein Projekt der Nationalen Stadtentwicklungs politik

Herausgeber:
Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung

Redaktion:
Dr. Robert Fischer

Gestaltung:
PJD Design (Grafik, Satz, Layout)
Michael Schenk (Grafik)

Abbildungsnachweis:
Fotos von Sergej Horovitz, www.horovitz.de
Porträt Staatssekretär R. Bomba s. 6: Bundesregierung/Steffen Kugler
Porträt Prof. J. Wekel s. 8: privat
Porträt Prof. P. Wippermann s. 14: Trendbüro
Porträt Prof. Dr. C. Kemfert s. 16: Sabine Braun

1. Auflage, 2011



